

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/B, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Braupferstraße 5 und Neue Buchstraße 11, durch die Zweigstellen, Zigarrenstraße 11, Reichelt, Reichstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn. — 6.50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für 14 Zeilen für 14 Tage 10 Pf. Auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Kleinanzeigen, Zettelangebote, Beirats-Veranstaltungen- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/B oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die Hilfe für die Unwettergeschädigten.

Energische Maßnahmen der preußischen Regierung.

Die aus der Provinz Pommern gemeldeten Unweterschäden haben das preußische Landwirtschaftsministerium veranlaßt, sofort die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Geschädigten die erste notwendige Hilfe zu verschaffen. Als Maßnahmen kommen an erster Stelle Erleichterungen bei der Einziehung der Steuern in Betracht. Sowohl der Reichsminister der Finanzen als auch der Preussische Finanzminister sind gebeten worden, die zur Steuerstundung sowie zum Steuererlaß erforderlichen Anordnungen zu treffen. Um den Landwirten die zur Fortführung des Betriebes notwendigen Mittel zu verschaffen, werden die landwirtschaftlichen Kreditinstitute, insbesondere die Preußische, bemüht sein, der Landwirtschaft der Provinz Pommern durch Zuführung von Krediten nach Möglichkeit Erleichterung zu schaffen. Ebenso sind die Kreditinstitute gebeten worden, bei Eintreibung der fälligen Verpflichtungen der Landwirtschaft Pommerns in schonender Weise vorzugehen. Mit der Reichsarbeitsverwaltung sind Verhandlungen aufgenommen, um die Arbeitszeit der in der Landwirtschaft vorübergehend beschäftigten Schnitter zu verlängern. Auch ist der Reichswehrminister gebeten worden,

zu prüfen, ob nicht mit Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage Pommerns von einer Abhaltung der Manöver in diesen Gebietsteilen abzusehen ist. Die Regierungspräsidenten in den geschädigten Gebieten sind ersucht worden über Umfang und Höhe der Schäden Ermittlungen anzustellen und hierüber umgehend den Zentralstellen zu berichten zwecks Prüfung, ob die Einleitung weiterer Notstandsmassnahmen erforderlich ist.

Die Reichswehrmanöver in Pommern abgesetzt.

Auf Anordnung des Chefs der Heeresleitung sind die Herbstmanöver der Division (Pommern) abgesetzt worden. Die Mannschaften der pommerischen und mecklenburgischen Truppenteile werden der Landwirtschaft zur Einbringung der Ernte zur Verfügung gestellt. Wie versichert wird, sind zwischen Reichswehr, dem Oberpräsidium und den Arbeitsämtern Vereinbarungen getroffen worden, wonach die Entlohnung der zu Entearbeiten abkommandierten Reichswehrangehörigen mindestens in der gleichen Höhe erfolgen muß, wie sie den Landarbeitern tariflich zusteht.

Die Notwendigkeit der Wohnungszwangswirtschaft

Kr. Soeben werden die ersten Ergebnisse der letzten Reichszwangsanzählung von den amtlichen Stellen veröffentlicht. Während wir vor einigen Tagen bereits die die Großstädte Preußens mit mehr als 100 000 Einwohnern betreffenden Zahlen veröffentlichten konnten, teilen wir heute an anderer Stelle unseres Blattes (vergl. den Wirtschaftsteil dieser Ausgabe) das Gesamtergebnis für alle städtischen Gemeinden Preußens mit. Es handelt sich dabei um 3177 städtische Gemeinden mit mehr als 20 Millionen Einwohnern. Diese Ergebnisse umfassen also nur 43,5 Prozent der Einwohnerschaft des ganzen Reiches und etwa 60 Prozent der Einwohnerschaft Preußens. Bisher liegt also nur ein Teilergebnis vor. Dennoch kann man an seiner Hand bereits einen tiefen Blick in die Größe unseres Wohnungslebens tun.

Die amtliche Verlautbarung unterzieht zum großen Teil schon selbst die Zahlen einer kritischen Betrachtung und zieht aus ihnen bereits auch Schlüsse auf die Wohnungsverhältnisse, insbesondere auf den bestehenden Wohnungsmangel in Preußen. Viele Betrachtungen bedürfen aber der Ergänzung und in einigen Punkten auch der Berichtigung.

Wir gehen dabei aus von den Ergebnissen, zu denen die amtliche Verlautbarung schon selbst über den Bestand an zur Verfügung stehenden Wohnungen kommt. Danach fehlen in den erfaßten städtischen Gemeinden Preußens im ganzen 8,1 Prozent der vorhandenen Wohnungen, nämlich 5,9 Prozent, die benötigt werden, um den zweiten und dritten Haushaltungen, die in einer Wohnung mit untergebracht sind, eigene Wohnungen zu verschaffen, und 2,2 Prozent, um den Familien, die weder eine eigene Wohnung noch einen eigenen Haushalt besitzen, Wohnungen zu verschaffen. Diesem Mangel stehen nur etwa 0,23 Prozent beziehbarer Wohnungen gegenüber. Es besteht also ein Gesamtfehlbetrag an Wohnungen von 7,87 Prozent der vorhandenen Wohnungen. In absoluten Zahlen umgerechnet bedeutet das, daß in den preussischen Städten allein etwa 525 000 Wohnungen fehlen. Daraus ergibt sich, daß die Zahl, die allgemein für den Gesamtwohnungsmangel in ganz Deutschland angegeben wird, viel zu klein ist. Die Zahl von 600 000 fehlenden Wohnungen ist sogar für Preußen allein schon zu klein. Das ergibt sich aus folgender Berechnung: Einerseits sind hier nur etwa 60 Prozent der Einwohnerzahl Preußens erfaßt. Zu der hier wiedergegebenen Zahl müssen also noch 70 Prozent dieser Zahl hinzugerechnet werden, um in bezug auf die Einwohnerschaft die Gesamtzahl für Preußen zu erhalten. Andererseits ist das Verhältnis der Einwohnerzahl zur Zahl der Wohnungen in den Landgemeinden ein anderes als in den Städten. Auch der Prozentsatz der Doppelhaushaltungen in einer Wohnung ist auf dem Lande geringer. Berücksichtigt man diese Tatsachen, so wird man kaum fehlgehen, wenn man rund gerechnet noch ein Drittel der soeben für die preussischen Städte errechneten Zahl zu ihr hinzurechnet, um den Gesamtwohnungsmangel für Preußen zu erhalten. Tut man das, dann ergibt sich, daß in Preußen insgesamt etwa 700 000 Wohnungen fehlen dürften, das sind schon 100 000 Wohnungen mehr, als man bisher für das ganze Reich angenommen hat. Berücksichtigt man nun weiter, daß Preußen etwa zwei Drittel der Einwohner des Reiches umfaßt, und nimmt man an, daß das Verhältnis der Einwohnerzahl zur Zahl der vorhandenen Wohnungen im übrigen Deutschland annähernd das gleiche ist wie in Preußen, was man wohl wird tun dürfen, weil den mehr agrarischen Ländern auch einige sehr dicht bevölkerte, vorwiegend städtische Länder, wie Sachsen und die Hansestädte, gegenüberstehen, so bedeutet das, daß in Deutschland insgesamt ungefähr 1 Million Wohnungen fehlen, das heißt, wir müssen in Deutschland rund 1 Million Wohnungen haben, um auch nur den allerdringendsten Wohnungsbedarf decken, das heißt, um nur den Familien, die bisher überhaupt keine Wohnung haben, Wohnungen zu verschaffen. Dabei ist noch in keiner Weise berücksichtigt, daß auch ein großer Teil der Wohnungen, die bewohnt werden, völlig unzureichend ist, nämlich gesundheitlich außerordentlich schädlich, viel zu klein und menschenunwürdig, so daß selbst dann, wenn Wohnungen in der soeben errechneten Zahl gebaut wären, immer noch ein beträchtliches Wohnungsleiden übrig bliebe.

Es besteht also in Deutschland gegenwärtig eine Nachfrage nach einer Million Wohnungen, die durch das vorhandene Angebot nicht befriedigt werden kann (denn das vorhandene, sehr geringe Angebot ist ja von dieser Bezifferung bereits abgezogen). Danach sollte es eigentlich auch dem einsichtlossten und verblüfftesten Hausagrarien klar sein, daß unter diesen Umständen noch auf Jahre hinaus an eine Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft nicht gedacht werden kann. Denn bei diesen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt müßte eine solche Aufhebung eine ganz ungeheuerliche Steigerung der Wohnungsnot bedeuten.

Keine Kriegsgreuel-Untersuchung.

Das belgische Kabinett lehnt sie ab.

Brüssel, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Vanderveelde ist am Freitag vormittag um 11 Uhr aus Genf in Brüssel eingetroffen. Er hatte sofort eine Unterredung mit seinem sozialistischen Ministerkollegen und nachmittags um 3 Uhr fand der Ministerrat statt. Dieser dauerte kaum eine Stunde. Daraus ergibt sich schon von selbst, daß vom Aufsuchen irgendwelcher Meinungsverschiedenheiten keine Rede sein konnte. Am Schluß des Ministerrats wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

„Der Ministerrat nahm Kenntnis von der Erklärung, die der Minister des Auswärtigen am 13. Juli über die Zustimmung Belgiens zu einer allerdings verpöblichten internationalen Untersuchung über den angeblichen Frankfurter-Friede gemacht hat. Die deutsche Regierung hat seinen Gesandten in Brüssel am 22. August beauftragt, der belgischen Regierung mitzuteilen, daß sie die Untersuchung annehme und daß sie vorschläge, diese Untersuchung auf alle auf den Krieg bezüglichen Tatsachen auszudehnen. Der Gesandte hat dabei nicht verschwiegen, daß dieselbe Methode der Untersuchung auch auf andere Länder ausgedehnt werden könnte. Der belgische Minister des Auswärtigen hat die Mitteilung des deutschen Gesandten zur Kenntnis genommen und ihm mitgeteilt, daß er sie in einer der nächsten Sitzungen dem Kabinett unterbreiten würde. Der Ministerrat war in seiner Sitzung am Freitag jedoch einstimmig der Ansicht, daß diese Vorschläge nicht angenommen werden könnten, obwohl sie den Zweck einer Befriedung verfolgen. Es scheint nicht zweifelhaft, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Untersuchung die Gefahr mit sich bringen würde, die Beziehungen wieder aufzuklären und Folgen nach sich zöge, die dem gemeinsamen Wunsch der beiden Regierungen, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern, völlig entgegengekehrt wären. Der Minister des Auswärtigen wird diese Erwägungen den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf mitteilen.“

Zu dieser amtlichen Mitteilung glauben wir mitteilen zu können, daß sie von Vanderveelde selbst entworfen worden ist und unverändert vom Ministerrat einstimmig angenommen wurde. Das darin gegen eine Untersuchung der Frankfurter-Friede vorgebrachte Argument, daß diese Untersuchung unter den gegenwärtigen Umständen nicht den von beiden Regierungen gewünschten Zweck der Befriedung erreichen, sondern umgekehrt alle Leidenschaften und Hassgefühle wieder erwecken könnte, ist durchaus richtig. Es entspricht ganz dem Standpunkt, den wir zu den letzten Streitereien über die angeblichen Kriegsgreuel hier eingenommen haben. Die bloße Ankündigung einer Untersuchung hat in manchen belgischen Kreisen bereits diese unerwünschte Wirkung gehabt. Gewiß ist die These nationalstaatlicher Mächte größtenteils dafür verantwortlich; aber Tatsache ist, daß die unter den Gewaltmaßnahmen der deutschen Besatzungsbehörden schwer gelitten hatten, und größter Ungeduld darauf warten, ihre Klagen bei der Untersuchung vorzubringen.

Infolgedessen ist in sehr weiten Kreisen die Erinnerung an das erduldete Unrecht aufgefrischt und der bereits eingeschlossene Haß wieder aufgepeitscht worden. Unter diesen Umständen mußte Vanderveelde sich fragen, ob die Zeit schon jetzt für eine ruhige, leidenschaftslose Untersuchung, die allein volle Klarheit und im Gefolge wirkliche Befriedung bringen könnte, gekommen ist. Dies wäre vielleicht der Fall gewesen, wenn auch die bürgerlichen Parteien in beiden Ländern und Presse die Untersuchung in demselben verantwortlichen Geiste wie Vanderveelde gewünscht und gutgeheißen hätten. Aber nach der von den Chauvinisten in beiden Ländern größtenteils mit innerpolitischen Hintergedanken entfachten Hege ist das sehr fragwürdig geworden.

Stresemann leugnet die Erweiterungsanträge der deutschen Regierung.

Genf, 2. September. Zu dem über die Einziehung der internationalen Enquete-Kommission veröffentlichten Communiqué gab der deutsche Außenminister einem hiesigen Pressevertreter folgende Erklärung ab:

Ich bin von dem Communiqué auf das Außerste befremdet. Der wirkliche Sachverhalt ist vor kurzer Zeit, nämlich am 19. August, in einem mit der belgischen Regierung vereinbarten Communiqué gleichzeitig in Brüssel und Berlin bekannt gegeben worden. Aus diesem Communiqué geht klar hervor, daß die belgische Regierung die Initiative ergriffen hat, indem sie in einer amtlichen Note die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung darauf lenkte, daß die belgische Regierung mit einer unparteiischen Untersuchung der deutsch-belgischen Streitfrage einverstanden sei. Die deutsche Regierung hat dieses Angebot selbstverständlich angenommen, ohne daß sie ihrerseits irgendwelche neuen Anträge oder Anregungen auf diesem Gebiete an die belgische Regierung gestellt hätte. Es ist jedenfalls unverständlich, daß in dem neuen belgischen Communiqué von einer deutscherseits angestrebten Ausdehnung auf andere von der belgischen Regierung nicht ins Auge gefaßten Fragen gesprochen und daß der deutschen Regierung dabei die Forderung der Anwendung eines gleichen Verfahrens gegenüber anderen Mächten unterstellt wird. Ich kann diese Behauptung des neuen belgischen Communiqués nur auf eine Verkennung des wahren Sachverhalts seitens des belgischen Kabinetts zurückführen.

Diese Erklärung Stresemanns ist sehr merkwürdig und voreilig. Er sollte doch erst einmal prüfen, was der deutsche Gesandte in Belgien der belgischen Regierung tatsächlich gesagt hat. Zum mindesten besteht doch die Möglichkeit, daß der Gesandte weiter gegangen ist, als sein Auftrag ging. So etwas soll doch schon vorgekommen sein. Aber ohne weiteres in dieser schroffen Weise eine fremde Regierung der Unwahrheit beschuldigen, ist ein unverantwortlicher Leichtsin und dient dem Interesse Deutschlands in keiner Weise.

Kein Ultimatum Polens an Litauen.

Warschau, 2. September. (Melbung der polnischen Telegraphenagentur.) Die Nachrichten, die in der ausländischen Presse über ein Ultimatum verbreitet wurden, das die polnische Regierung an die litauische Regierung wegen Grenzzwischenfällen gerichtet haben soll, sind falsch. Es ist kein Ultimatum gestellt worden.

hungen und herbeizuführen, zumal es sich ja hier um eine ungedeckte Nachfrage handelt, die auch auf dem Wege der Einfuhr aus dem Ausland nicht befriedigt werden kann. Außerdem zeigt sich aber, daß es auch nicht richtig ist, wenn die Hausbesitzer behaupten, diese Mietssteigerung würde ja nur eine vorübergehende Erscheinung sein, die durch den fortschreitenden Wohnungsbau, der durch die Mietssteigerung sehr angeregt werden würde, von Jahr zu Jahr abgebaut würde. Aus der errechneten Zahl ergibt sich, daß es Jahrzehnte dauern wird, bis auch bei ausgedehntem Wohnungsbau dieses Wohnungsdefizit beseitigt ist, wobei sogar davon abgesehen werden soll, daß dieses Defizit heute noch vorhanden ist, obwohl in den letzten Jahren bereits die Wohnungsbauaktivität stark zugenommen hat. Es ist aber ganz unmöglich, auf so lange Jahre hinaus so hohe Mieten von der Bevölkerung zu fordern, wie sie unter diesen Verhältnissen bei Aushebung der Zwangswirtschaft zwangsläufig entstehen müßten. Außerdem ist ja auch zu berücksichtigen, daß Jahr für Jahr ein gewisser neuer Wohnungsbedarf, einfaß auf Grund der natürlichen Bevölkerungsvermehrung, entsteht. Andererseits ist es aber auch möglich, auf anderem Wege der Wohnungsbau so zu steigern, wie er durch die Erhöhung der Mieten gesteigert werden würde. Notwendig dazu ist nur, daß Staat und Gemeinden ihre Pflicht tun. Daran hat es allerdings bisher noch sehr gefehlt. Endlich zeigt sich aber auch, wie sehr Staat und Gemeinden alle ihre Kräfte anspannen müssen, wenn die in Deutschland bestehende Wohnungsnot wenigstens einigermaßen gemildert werden soll. Es ist nach diesem Ergebnis der Wohnungszählung wohl kaum noch möglich, die Wohnungsfrage mit der Pässigkeit zu behandeln, wie das vielfach besonders von den von den Rechtsparteien beeinflussten Regierungen und Gemeindeführern geschieht. Auch ist es danach kaum noch tragbar, daß die für den Wohnungsbau bestimmten Mittel anderweitig verwendet werden.

Das Ergebnis dieser Wohnungszählung ist eine Mahnung, daß alle in Frage kommenden Kreise sich auf das äußerste anstrengen, die Wohnungsbauaktivität mit aller Kraft zu fördern, damit dieses ungeheure Wohnungsdefizit, das nunmehr amtlich festgestellt ist, so schnell wie möglich beseitigt wird.

Der Kommunistenfeldzug der französischen Regierung Soll Rakowski abberufen werden?

Paris, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Wie nachträglich bekannt wird, ist es in dem französischen Ministerrat am Freitag zu einer außerordentlich erregten Auseinandersetzung über den Feldzug des Innenministers Sarraut gegen die Kommunisten gekommen. Dabei sollen die Anhänger eines Bruches zwischen Frankreich und Rußland sehr entschieden an Boden gewonnen haben. In der Tat wissen auch der „Matin“ und der „Petit Parisien“ zu melden, daß Briand den französischen Botschafter in Moskau, Herbette, beauftragt habe, sich bei Tschitscherin gegen den russischen Botschafter in Paris, Rakowski, zu beschweren. Rakowski habe als Mitglied des Exekutiv-Ausschusses der Dritten Internationale ein Manifest unterzeichnet, worin die Sowjetregierung aufgefordert wird, wieder entschlossen zu einer unbedingten Politik der Weltrevolution zurückzukehren. Tschitscherin habe auf diese Beschwerde hin an Briand ein Schreiben gerichtet, das am Freitag im Ministerrat anläßlich der Kommunisten-debatte vorgelesen wurde. Wie der „Matin“ erklärt, soll Tschitscherin seinen Botschafter rundweg desavouiert haben. Doch sei dieser Tadel nur theoretisch. Er treffe nämlich nur den Botschafter, während der politische und kommunistische Rakowski gelobt worden sei. Es sei also höchste Zeit, schlußfolgert der „Matin“, die Abberufung Rakowskis zu verlangen. Weiter sollen sich die Minister dahin geeinigt haben, den Kommunistenfeldzug mit aller Energie fortzusetzen. Namentlich Paris und seine nähere Umgebung sollen systematisch von kommunistischen Elementen gesäubert werden. Die Blätter veröffentlichen am Sonnabend eine Statistik über die Erfolge des antikomunistischen Feldzuges. Während sonst die Ausweisungen unliebsamer Ausländer aus Frankreich rund 6000 betragen, sind seit Antritt des Kabinetts der nationalen Sammlung nicht weniger als 8500 Ausweisungen verfügt worden, darunter 250 kommunistische Agenten verschiedener Nationalität. Täglich erfolgen neue Polzeiarresten, die zu immer neuen Ausweisungen führen. Seit

Beginn des Jahres 1927 sind etwa 100 Kommunisten verurteilt worden. 14 der hauptsächlichsten Führer der kommunistischen Organisationen und 30 der bekanntesten Propagandisten der kommunistischen Partei sitzen im Gefängnis. 52 Fälle sind noch vor den Gerichten anhängig. Anläßlich der letzten Ururtheile sind 36 Verurteilungen ausgesprochen worden, 11 Fälle sind noch in der Schwebe. 19 kommunistische Zeitungen sind verboten worden. Eine große Anzahl kommunistischer Bürgermeister, Beigeordnete und Stadträte sind ihrer Funktionen enthoben worden. Dabei sind in dieser Statistik die wegen Spionage verurteilten acht Kommunisten nicht einbezogen.

Neue Gewaltmaßnahmen in Litauen.

Wieder unberechtigte Kündigungen und Ausweisungen im Memelgebiet. Nach Nachrichten aus Memel haben die reichsdeutschen Redakteure Leubner und Warm vom Memeler „Dampj-hoot“ und Bricekorn von der „Memelländischen Rundschau“ in Hendekrug vom Kriegskommandanten den Befehl erhalten, das Memelgebiet mit dem 5. September zu verlassen, da sie sonst abgehoben werden würden. Es handelt sich hierbei um die Redakteure, die bereits im Januar ausgewiesen worden waren, deren Ausweisungen aber dann auf Einpruch der deutschen Regierung von Litauen zurückgenommen wurde. Seitdem hatten sie zwar keine offizielle Aufenthaltserlaubnis mehr für das Memelgebiet. Sie durften es aber auch nicht verlassen, da ihnen die litauische Regierung kein Visum ausstellte. Gleichzeitig hat die litauische Regierung vier Beamten und Angestellten der Eisenbahn und 21 von der Post gekündigt. Ab 1. September ist der Kriegsminister Merkys zum Gouverneur des Memelgebietes mit den Vollmachten eines Ministers ernannt worden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Vorgehen der litauischen Regierung gegen die deutsche Bevölkerung des Memelgebietes drei Tage nach den Landtagswahlen einen Racheakt wegen des Ausfalles der Wahlen bedeutet. Die litauische Regierung sucht auf diese Weise mit immer neuen Gewaltmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung das Land zu litauisieren, entgegen dem ausgesprochenen Willen der eingewohnten Bevölkerung.

Die Genfer Ratsstgung.

Die erste öffentliche Ratsstgung. Genf, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den wichtigsten Punkt der heutigen öffentlichen Ratsstgung, die Beschlüsse der Internationalen Pressekonferenz, erstattete de Brouckere Bericht. Der Berichtserfasser schlug vor, daß diejenigen Resolutionen der Konferenz, deren Verwirklichung eine Mitwirkung und Zustimmung der einzelnen Regierungen voraussetzt, in der Dezemberstagung des Rats erledigt werden. Die wichtigste Resolution wendet sich gegen die Zensur in Friedenszeiten. Sie lautet an ihren entscheidenden Stellen: „Die Konferenz erklärt sich grundsätzlich gegen jede Vereinfachung der Pressefreiheit und ist der Auffassung, daß ein Regime der Zensur nur aus wirklich lebenswichtigen und lediglich außergewöhnlichen Verhältnissen erwirkt und aufrechterhalten werden darf.“ Die Konferenz ist einmütig der Ueberzeugung, daß die Zensur in Friedenszeiten, möge sie offen — oder, was schlimmer ist — verdeckt ausgeübt werden, ein entscheidendes Hindernis für den normalen Austausch internationaler Informationen bildet und als solche die Annäherung der Völker erschwert.“ Diese Resolution war auf der Konferenz einstimmig angenommen worden, auch die italienischen Vertreter wogen nicht, dagegen zu stimmen, obwohl sie sich offensichtlich gegen das faschistische Pressegesetz richtete. Man war nun gespannt, ob in der heutigen Sitzung Scialoja in irgend einer Form Vorbehalte geltend machen und damit die Obstruktion einleiten würde, die Mussolini bis zur Dezemberstagung zweifellos zur Durchführung dieses Beschlusses versuchen wird. Aber Scialoja blieb stumm. Hätte der Vertreter Mussolinis einen Vorbehalt oder Widerspruch gewagt, so wäre er zweifellos ganz isoliert geblieben, und die moralisch unhaltbare Situation des Faschismus in der Welt würde nur noch deutlicher unterstrichen worden sein. Ein Bericht des Reichsaussenministers Dr. Stresemann über die Arbeiten des Wirtschaftsausschusses und schließlich ein Bericht von Paul Boncour über die Arbeiten des Ausschusses für internationale geistige Zusammenarbeit wurden debattelos angenommen.

Eine Unterredung Stresemanns mit Chamberlain.

Genf, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Stresemann hatte am Freitag abend 6 1/2 Uhr eine

erste Besprechung mit Chamberlain über die allgemeine politische Lage, wobei es sich in erster Linie um den Stand der Rheinländerklärung dreht hat.

Der Nachfolger de Jouvenel.
Paris, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Der am Freitag abgehaltene Ministerrat hat an Stelle des zurückgetretenen de Jouvenel den Präsidenten der Senatskommission des Auswärtigen, Hubert, zum französischen Delegierten beim Völkerverbund ernannt.

Briand nach Genf abgereist.
Paris, 2. September. Außenminister Briand ist heute abend 8 55 Uhr nach Genf abgereist.

Ein schwerer Zwischenfall in der russischen Gesandtschaft in Warschau.

Ein Eindringling in der Abwehr erschossen. Warschau, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag vormittag wurde in dem Gebäude der russischen Gesandtschaft in Warschau ein unbekannter Mann getötet. Es handelt sich um einen Besucher, der angeblich ein Einreisevisum nach Sowjetrußland verlangte und unbedeutend dem Geschäftsträger Ujanow zugefallen werden sollte. Da der Geschäftsträger nicht anwesend war, wurde der Unbekannte gebeten, das Gesandtschaftsgebäude zu verlassen. In diesem Augenblick hob dieser einen Revolver und verwundete den diensthabenden Beamten Schlessler erheblich. Darauf ergriff der Unbekannte ein Lineal und begann damit ein Porträt Lenins, das an der Wand hing, zu zerstören. Auf das Geschrei des verwundeten Beamten hin erschien ein Diener der Gesandtschaft, der Unbekannte versuchte zu fliehen, wurde jedoch noch rechtzeitig eingeholt und, da er jetzt einen Revolver zog, von einem weiteren Diener der Gesandtschaft durch fünf Revolverkugeln niedergestreckt. Ueber die genauen Einzelheiten ist noch nichts bekannt. Wie es heißt, soll es sich bei dem Toten um den zwanzigjährigen Russen Josef Trajke wicz aus Wilna handeln, wo er angeblich Vorführer der dortigen russischen monarchistischen Jugend gewesen sein soll.

Die allgemeine Verkehrskonferenz beendet.

Genf, 2. September. (Eigener Funkbericht.) Die dritte allgemeine Verkehrskonferenz ist Freitag nachmittag geschlossen worden. Es haben an ihr die Vertreter von 38 Staaten (einschließlich vier Nichtmitglieder des Völkerverbundes, Vereinigte Staaten, Ecuador, Ägypten, Türkei) teilgenommen. Von den gefassten Beschlüssen seien hervorzuheben:

1. die Resolution für möglichst Aufrechterhaltung des internationalen Transitverkehrs auch in Fällen von Landesstreik;
2. die Resolution für baldigste Beseitigung von Verkehrserschwerungen und Verboten aller Art, wo solche noch bestehen;
3. der Beschluß zur Beschaffung einer Zentralkonferenz- und Nachrichtenstelle im Völkerverbund für alle Verkehrsfragen.

Von besonderer Bedeutung waren die Beratungen über die Beschaffung eines einheitlichen Erpasspasse für Staatenlose, Entnationalisierte, Deserteure usw. Der Ausschuss und nachher die Konferenz einigten sich schließlich darauf, den Versuch für Staatenlose zu bestimmen und im übrigen den einzelnen Ländern freie Hand zu lassen. Die Revision des Statuts der internationalen Verkehrsorganisationen beschränkte sich auf die Anpassung einiger Bestimmungen auf die im letzten Jahre gemachten Erfahrungen.

Eine verständige Anfrage.

Eine Anfrage des „Vorwärts“ an die Reichsregierung. Am 10. Oktober beginnt im Dienstgebäude des Reichsarbeitsministeriums in Berlin die 37. Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Fragen, so der Bericht des Ausschusses über die Arbeitslosigkeit und die Festlegung der Tagesordnung für die Internationale Arbeitskonferenz des Jahres 1929. Von besonderer Wichtigkeit sind die Verhandlungen über die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz, die die internationale Arbeitsorganisation betreffen. Angesichts dieser bevorstehenden Tagung in Berlin richtet der „Vorwärts“ folgende Anfrage an die Reichsregierung: „Die etwa 75 Herren, die von der Reichsregierung nach Berlin eingeladen sind, gehören zu den prominentesten Vertretern des Auslandes, deren Urteil über die innere Stärke Deutschlands für das Ansehen Deutschlands in der Welt von großer Bedeutung ist. Ist sich die Reichsregierung darüber schon klar geworden, daß sie ihre angehenden und einflussreichen Gäste nur in Hotels unterbringen darf, die den verfassungsmäßigen Farben des deutschen Reiches die gebührende Achtung zu sollen bereit sind?“

Road oder die Hungerleider.

Von Will-Erich Pender. (Copyright by Süd-Ost-Deutscher Verlag, Breslau 8.) (Nachdruck verboten.) Sie zerkerten und sie hielten Reden. Zur Abwehr rafften sie sich nicht auf. Sie glaubten, es sei mit Reden zu schaffen. Etwas zu tun, war das Recht der andern, der Bauern, der Industriearbeiter. Opa ward Rechtshild wieder schwanger. Die letzten Wochen vor der Geburt mußte sie noch in den Wald hinaus. Kohlen konnten sie nicht mehr kaufen. Sie waren zu trocken, Holz sammeln zu dürfen. Täglich brachte sie ein Gebund. Road ging ihr ein Stück entgegen. Soll Scham tun sie nicht durch den Ort. Über der Weg ward dadurch nicht flüchtiger. Einmal blieb sie am Grabenrand liegen. Schwarzer fand sie in ihrem Blut. Er wollte versuchen, das Kind zu retten. Das war ihre einzige, heimliche Angst. Aber es war schon zu spät dazu. Sie waren darüber froh wie die Kinder. Keutlich lag Rechtshild über acht Tage; nur war jetzt die Sorge für immer vorbei. Und Road ging heimlich mit einem Ges. — ihr Keller war neben dem der Schule; dort lagen noch 10 Zentner Kohle. Wenn er den neuen Kollegen traf, wandte er sich schüchtern zur Seite. So konnten sie ohne Bedenken sprechen, daß keiner den andern gesehen habe. Der neue Kollege sah einen Raubmord oben bei ihnen und meinte sich aus. Was soll ich jetzt machen? Ich werde entlassen. Ich muß im Straßenrand verhungern. Er war von der SA, bis bis zum März abgedient werden sollten. Seien Sie froh, Sie sind allein. Ach, Road, wenn sie auch froh ist. Sie werden ebenbürtig dran kommen. Ja, aber das haben sie ausgerechnet, daß alle bis zu dem sind. Es war nicht die Angst, die Road pochte. Es war eine namenlose Müll. Vor drei oder vier Jahren, 1918, da hätte er dies oder das noch geglaubt; aber jetzt glaubt er es nicht mehr, was in den Zeitungen geschrieben stand. Jetzt hatte er es ver-

folgen können, wie man mit ihnen umgehen wollte. Erst war es September 23 nur eine kleine Notiz gewesen: Die Industrie ertrage es nicht, daß die Beamten Zulagen bekommen. Das machte sofort die Preise steigen. Des Jahre zu neuen Lohnforderungen. Und der Minister ging darauf ein. Es wurde schlimmer als je vorher. Und nur der Industrie ging es gut. Denn Ehrlich kaufte das dritte Auto. Und allen Bauern ging es gut. Nur sie verzehrten und verkauften.

Und dann war das mit dem Abba gekommen. Das sollte die große Hilfe sein. Aber sie legten es aus als ein Mittel, durch das die Industrie auf sie drückte. Hatten sie vorher manchmal geklagt, jetzt wurde ihnen ihr Leiden ja wert, jetzt, wo sie es täglich verlieren konnten. Und ein noch ärgerer Haß, als vorher der Haß gegen den Krieg gewesen war, vergiftete diese gelangweilten Menschen. Jetzt lagen auch die letzten Getreizen, die bei den Versorgungsparzellen geblieben, wohnen sie allmählich zerfallen waren. Jetzt lernten sie das bittere Wort „Bürger“ mit einer großen Verachtung auszusprechen.

Und einer machte dem andern Angst. Und keiner wagte mehr, einen Brief, dessen Absender er nicht kannte, zu öffnen. — aus Angst, es stünde darin, daß er jetzt — bitte! gehen dürfe. Sie hatten nach Berlin telegraphiert. Sie hatten ihre Angst mitgeteilt. Da war ein Rat zu ihnen gekommen, in eine Sitzung des Reichsrates, und hatte über das alles gesprochen. Es war ein alter Mann, dieser Rat. Ein Mann mit einem guten Gesicht. Und was er sagte, das war gefragt, so daß man aus seinen Worten verstand, wie einer in Sorge und Nachdenken sei, ob nicht eine andere Abhilfe wäre? Und wie man bei Schule helfen könne. Aber es kam zuletzt heraus: Wir kämpfen mit aller Kraft dagegen; aber der Herr Finanzminister. Der Herr Minister ist unerbittlich darin. Wir unterhandeln täglich mit ihm und suchen Geld zu erhalten.

Das war es, das war die Industrie! Das waren Ehrlich und Red und die andern. Das waren die Bürger. So sagten sie. So sprachen sie untereinander noch, als sie der Abend dem Ende zueinging, und dieser Herr Rat aus der Schule gesprochen, und wie man der Land doch untergebe, wenn man in diesen Dingen absteht.

Road fand auf. Wie kann man das tun? Als 1907 wurden geordnet, da hat man hier angefangen zu bauen; da war es die geistige Wiedergeburt, auf die sie andere folgen konnten.

Ich weiß, was Sie meinen. — man glaubt es uns nicht. Man will vom Finanzstellen her anfangen. Man will eine aktive Handelsbilanz. Wir stehen mit gebundenen Händen dabei. Und dann, wenn man so weit sein wird? In zehn oder zwölf Jahren — unsere Jugend? — Es war, als ob der Rat schluden müßte.

Als Road am Abend zu Hause sah, Rechtshild war schon ins Bett getrocknet, da wurde aus dieser Bitterkeit, mit der er dem allen zugehört, ein böser, erblicher, harter Haß. Ein Mensch wie Road braucht lange Zeit, ehe er lassen kann und nachdenkt. Aber es war doch gut, daß es kam. Denn nun war seine Verzweiflung zu Ende. Es hatte angefangen mit Alose, und mit dem Jwaß wegen der Religion; nun war der Haß so sehr gewachsen, daß er nicht mehr latent bleiben konnte. Nun drängte er zu einer Tat.

Road schrieb auf ein Stück Papier, das er aus einem Kinderbett riß:

Weihnachtsgeschenk dem deutschen Bürger.

Es gibt nichts Barmherziger in der Welt als dich; Bürgerpad! Wenn ihr Hissam zur Nacht eure Frauen beschlafen, aber, zitternd vor Angst der Entdeckung, aus den Schanten im Hafen

früher euch gestohlen, — geht ihr zufrieden Geschäften nach; euren Geschäften in Schulen und Kirchen, Kasernen, reißt eure Hände, wieder, und laßt über die Dürnen, die ihr euch zählt, — armes, verzehrtes Weibsvolk, der Stadt. —

Speit auf die langen Züge entlassener Proleten, die milde und matt, und von ihren Maschinen gemergelt und ausgeaugt sind, — gefesselt und stert und verdrückt von früh bis zur Nacht und zurück an den Roggen, euer teilloses Brot, das schmutzige schnitten und Ruten und tragen in Not, und behutsam begehrt, — während ihr laßt, laßt, daß sie hingehen und für euch stelen und farnen, laßt, daß ihr Blut eure erwürgerten Helfer hängt, laßt, — bis hinter Fabriken und Eisen und Schloten gellend ein anderes Lied in den Himmel bringt. —

Und nichts Barmherziger wird sein auf der Welt als du. Bürgerpad! (Es folgt.)

Deutschnationale Lügen.

Die „Schlesische Zeitung“ bringt in ihrer gestrigen Morgenausgabe eine Tatarennachricht aus Wien über furchtbare Pläne der österreichischen Sozialdemokratie, die ja bekanntlich mit den maßgebenden russischen Bolschewisten in engem Zusammenhang steht (kolossal, wie sie das Gras wachsen hören!). Die österreichische Sozialdemokratie soll nach den Wiener Ereignissen vom Juli, die angeblich dem radikalen Flügel die Führung gebracht haben, einen Sonderauschuss eingesetzt haben, dem sogar eine Reihe ehemaliger Stabsoffiziere angehört. Diesem Sonderauschuss soll die Aufgabe übertragen sein, ein Verzeichnis der Führer der Heimwehren anzufertigen zu dem Zwecke, die bedeutendsten derselben in geeigneter Weise zu beseitigen. Die Zentralkommission des Schutzbundes soll den Auftrag bekommen haben, mit Spitzeln in die Heimwehren einzudringen und die Landarbeiter und Kleinbauern von den Heimwehrorganisationen loszureißen. Die wichtigsten Dienstposten im Schutzbund sollen mit Mitgliedern des republikanischen Schutzbundes besetzt werden usw. usw. mit anderen Worten, die Sozialdemokratie soll eine risikoreiche Verschwörung gegen den Staat organisiert haben.

Es genügt wohl, dieses Lügengewebe hier niedriger zu fängen. Die Quelle für es, die „Deutsch-Österreichische Tageszeitung“, ist ja als ganz besonders unaufrichtig hinreichend bekannt. Daß die ganzen Behauptungen vollenbeter Unfug sind, geht allein schon daraus hervor, daß der österreichischen Sozialdemokratie, die stets im härtesten Kampf mit den Bolschewisten und den Kommunisten gestanden hat und steht, enge Beziehungen zu den russischen Kommunisten nachgesagt werden. Die Behauptungen über diese engen Beziehungen sind bekanntlich so wahr, daß erst vor ein paar Tagen der österreichische Gesandte in Moskau sich im Auftrag seiner Regierung, des Bundeskanzlers Seipel, bei der russischen Regierung hat entschuldigen müssen, weil die Wiener Politik behauptet hat, daß die russische Regierung Emisariate nach Wien geschickt habe, um die Wiener Unruhen vom Juli zu intensiveren. Wie groß der Wadist ist, geht ferner daraus hervor, daß angeblich von der Sozialdemokratie beschlossen sein soll, die wichtigsten Dienstposten im Schutzbund mit republikanischen Schutzbündlern zu besetzen. Als ob die Sozialdemokratie auf die Befehle dieser Posten überhaupt Einfluß hätte und diese Befehle nicht vielmehr in der Hand der Regierung und des Großkapitals läge. Wenn dann noch behauptet wird, daß die Sozialdemokratie die Absicht haben soll, die Heimführer zu beseitigen, so wollen wir uns über diese abgrundtiefe Gemeinheit nicht weiter aufregen. Die „Schlesische Zeitung“, die so etwas druckt, schließt ja hier nur von sich auf andere, denn ihre Partei war es ja, aus deren Reihen so viele politische Mörder der letzten Jahre hervorgingen. Für sie ist das Beseitigen politischer Gegner daher etwas Selbstverständliches. Sind doch auch Justizmorde für sie etwas durchaus Verteidigungswertes. Im übrigen zeigt der Abdruck dieser Lügennachricht nur die grenzenlose Unaufrichtigkeit eines Blattes, das sich national schimpft.

Kommunistische Spigel.

Die „Einheitsfront“ des Betrugs.

Wir lesen im „Vorwärts“:
Die Kommunisten können mit ihren besonderen Zielen keine Vorbeeren ernten. Deshalb täuschen sie gutgläubige Arbeiter durch die heuchlerische Propaganda einer „Einheitsfront“, deren Zustandekommen gerade sie mit allen Mitteln verhindern müssen, weil sonst auch dem Blindesten ihre Zitiereberechtigung in Zweifel gestellt würde.

Tatsächlich arbeiten die Kommunisten mit Spitzeln, die sie in sozialdemokratische Organisationen schicken und die dann, als „SPD-Arbeiter“ kristallisiert, den heiseren Sang von der „Einheitsfront“ unter dem Sowjetstern“ singen müssen. In dem Besitz des Hauptquartiers der sozialistischen Arbeiterjugend befindet sich das folgende Originalschreiben der württembergischen Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend:

Streng vertraulich! Nur für pol. und Segner-Leiter!
An den Bezirk Hessen-Frankfurt.

Frankfurt a. M.
Betrifft: Gen. Justus Weider, Mitglied der KJ., des AWD., ehemaliges Mitglied der SPD. Hessen-Frankfurt, geb. 26. Juni 1906.

Wie Euch bekannt sein dürfte, ist der Genosse J. Weider vor einiger Zeit nach Württemberg abgereist. Hier stellten wir fest, daß er durch den HSA-Gauleiter in das HSA (Reichsbanner — Red. d. „V.“) und die SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend) dirigiert wurde. Vor etwa 6 Wochen wurde W. zum Leiter der SAJ Chlingen gewählt.

Anlässlich dieser Sachlage ist es unerlässlich, daß Ihr uns schnellstens genaue Auskünfte über den Genossen W. gebt. Wir erheben nur die wichtigsten Fragen heraus und hoffen, daß Ihr sie entsprechend ergänzt:

1. Seit wann ist W. Mitglied im AWD?
2. Welche Funktionen bekleidete er?
3. Wie arbeitete er — zuverlässig?
4. Wann reiste er nach Hessen-Frankfurt ab?
5. Ist er Euren Erfahrungen entsprechend für die Arbeit in der SAJ verwendbar?

Wir brauchen Eure Antwort sofort, damit wir weitere Dispositionen treffen können. Eure Genossen, die nach Stuttgart kommen, müssen informiert werden über ihr Verhalten gegenüber W. Er darf nicht als „Renegat“ usw. betrachtet werden, denn er hat einen Ausweis, der belegt, daß er seit 1920 Mitglied der SAJ ist.

In Darmstadt ist sofort festzustellen, ob die SAJ. Darmstadt nach Stuttgart fährt. Ist dies der Fall, dann muß W. verschwinden, das ist aber insofern nicht gut, als er ja keine Leute führen sollte. Doch hängt unser Vorgehen ebenfalls von Euren Auskünften ab.

Mit kommunistischem Gruß
S. L. Württemberg.

Die Post geht an die Adresse: Maria Weibacher, Stuttgarter-Bohneng., Weßheim 34. (Zanentwerter W. L.)

Hier liegt wieder einmal der schriftliche Nachweis dafür vor, daß die kommunistische Zeitung — die Jugend — ohne Genehmigung oder Veranlassung der Zentrale nichts — insbesondere Spitzeldienste, ja Spitzeldienste in den Reihen der sozialistischen Jugend verrichten läßt. In Berlin mußte vor kurzem eine Reihe von Jugendlichen aus der Arbeiterjugend wegen kommunistischer Spitzeldienste ausgeschlossen werden. Andere Spigel suchen sich wieder einzuschleichen. Sie bringen es glücklicherweise dahin, daß jeder noch einigermaßen urteilsfähige Genosse jeden, der von der Möglichkeit einer „Einheitsfront“ mit den Kommunisten redet, als einen beauftragten Spitzel der Moskauer Zentrale ansehen muß.

Den älteren Genossen ist dringend zu empfehlen, den Vorgesetzten bei der Jugend teilnahmevolle Aufmerksamkeit zu widmen!

Gewerkschaftsbewegung.

Die Viehwirtschaft der Landarbeiter.

Um die Propaganda für die Einführung eines hohen Schweinefleischpreises wirksamer zu gestalten, haben sich die landwirtschaftlichen Unternehmer jetzt dem Geschäftsführer des Reichs-Landarbeiterbundes, Friedrich Hues, verschrieben. Zu sich in diesen Tagen in mehreren agrarischen Blättern einen Aufsatz mit der Überschrift: „Die Viehwirtschaft der Landarbeiter“ veröffentlicht. In dem Aufsatz steht zu lesen:

„Das Rückgrat des Landarbeiter-Haushaltes ist seine Viehwirtschaft. Aus dieser deckt er nicht nur seinen Bedarf an eiweißhaltigen Nährstoffen (Fleisch, Fett, Eier, Milch usw.), sondern durch den Verkauf von Vieh und Viehpoduktion muß er alle Ausgaben für Kleidung, Wäsche, Hausrat und sonstige Kulturbedürfnisse decken. Deshalb ist es für eine Landarbeiterfamilie von entscheidender Bedeutung für ihr Fortkommen und ihre Lebenshaltung, ob sie eine glückliche Hand in der Viehwirtschaft hat, und ob die Verkaufsmöglichkeiten gewinnbringend sind.“

Wie so oft, wird auch hier, und zwar seitens eines Landarbeiterführers, der Viehwirtschaft der Landarbeiter eine Bedeutung zugeschrieben, die sie nicht hat. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, zeigen folgende Feststellungen:

Die Viehwirtschaft ist nur bei dem Teil der Landarbeiter denkbar, die Deputanten, das heißt solche Arbeiter sind, deren Arbeitsleistungen in der Hauptsache durch Naturallöhne abgegolten werden. Wir finden diese Arbeiter in bemessenswerter Zahl eigentlich nur in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein und in wesentlich geringerer Anzahl in Brandenburg und Schlesien. In ganz Mittel-, West- und Süddeutschland tritt der Naturallohn hinter dem Geldlohn zurück. Man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß als Deputanten im Höchstfalle nur 10 Prozent aller landwirtschaftlichen Arbeiter in Betracht kommen. Für die übrigen 90 Prozent spielt der Naturallohn erst in zweiter Linie eine Rolle.

Die Deputatmengen sind in den Tarifverträgen vermerkt. Es erhalten die Deputanten pro Jahr in Ostpreußen (Kreis Königsberg) 30, Pommern (Kreis Randow) 31, Mecklenburg-Schwerin 35, Provinz Brandenburg (Regie Teltow, Niederbarnim) 20, Schlesien 25, Hannover (Kreis Hannover) 18, Schleswig-Holstein 30, Provinz Sachsen (Kreis Calbe) 13½, Preussisch Sachsen (Kreis Dresden) 15, Thüringen 18, Provinz Hessen-Nassau (Kreis Kassel) 17, Rheinprovinz (Kreis Köln) 9, Freistaat Bayern (Bezirk Oberbayern) 3 Zentner.

Dieses Körnerdeputat ist, was vielfach übersehen wird, für die ganze Deputantenfamilie bestimmt. In einigen Provinzen muß davon noch der von dem Deputanten zu stellende Hofjunker mit ernährt werden. In dem Deputat liegt auch ein Teil der Bezahlung der Arbeitskraft der Deputantenfrau.

Um ein überblickliches Bild zu bekommen, haben wir für den Ernährungsbedarf einer viertköpfigen Familie 20 Zentner Getreide pro Jahr in Anrechnung gebracht. Das kann nicht falsch sein, weil als Selbstversorgergeneration während der Zwangswirtschaft auf den Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung pro Monat 12 Kilo Roggen und 5 Kilo Gerste, zusammen 4,08 Zentner pro Jahr oder 16,32 Zentner für die ganze Familie entfielen. Bei diesem Bild ergibt sich folgender Zustand: Die Möglichkeit, Deputatgetreide verkaufen oder für die Schweinefleisch verwenden zu können, bietet sich nur in sehr beschränktem Maße in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Schlesien und Schleswig-Holstein. In Bayern, Württemberg, Westfalen, Rheinprovinz, Hessen-Nassau, Thüringen, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hannover und in der Provinz Brandenburg bekommen die Deputanten nicht einmal so viel Körnerdeputat, wie sie zur Unterhaltung ihrer Familie benötigen.

Nach diesen Feststellungen kann ausgesprochen werden: die Viehwirtschaft der Landarbeiter kann deshalb nicht die von Hues gekennzeichnete Bedeutung haben, weil bei dem Gros der Landarbeiter alle materiellen und ökonomischen Voraussetzungen dafür fehlen. Hinzu kommt die Beschränktheit der den Landarbeiter zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten. Was sich die Landarbeiter normalerweise an Viehwirtschaft leisten können, ist außerordentlich gering und reicht gerade zur Deckung des eigenen Bedarfes aus. Wollen sie aus der Viehwirtschaft Nutzen ziehen oder sollen durch sie alle Ausgaben für Kleidung, Wäsche, Hausrat und sonstige Kulturbedürfnisse bestritten werden, muß vom Munde abgespart und dem Wagen Gewalt angetan werden. Die Nachteile heben hier die Vorteile wieder auf.

Bei einer wirklich gewinnbringenden Viehwirtschaft wird aber das vom Munde abgesparte Deputat noch nicht ausreichen. Es muß Getreide zugekauft werden. Mit dem Zukauf von Getreide durch die Landarbeiter entfällt dann aber die von Hues nicht beantwortete Frage: Kann es im Interesse der Landarbeiter verantwortet werden, das Futtergetreide durch Fülle zu verteuern? Man kann die Dinge drehen, wie man will, die Möglichkeit, die Fuesischen Darlegungen zu widerlegen, bietet sich immer.

Studienreisen farbiger Arbeiterführer.

Der Führer des farbigen Transportarbeiter-Verbandes in Südafrika, Genosse Kaba, und einer der Führer der mexikanischen Arbeiterbewegung, Genosse Juicio, bereisen zurzeit die Niederlande, um die dortige Arbeiterbewegung zu studieren. Beide Arbeiterführer wohnten dieser Tage einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der niederländischen Vereinigung des Eisenbahn- und Straßenbahnpersonals in Utrecht bei.

Bei den Tarifkündigungen in der Textilindustrie Ost-, Mittel- und Westfalens handelt es sich um etwa 50 Lohnstarke, die zum Teil von den Arbeitnehmern, zum Teil von den Arbeitgeberern für Ende September gekündigt worden sind. Die Manteltarifbestimmungen laufen weiter. Ob es, wie in einem Teil der Presse gemeldet wurde, bereits in der nächsten Woche zu Lohnverhandlungen kommt, ist mehr als zweifelhaft, da ja noch nicht einmal die Forderungen aufgestellt worden sind.

Der Lohnstreit der Rino-Angestellten in Amerika

Chicago, 2. September. Der Lohnstreit zwischen den Angestellten der Rinotheater und den Besitzern dehnt sich über eine Anzahl Städte der Nachbarstaaten aus. In Minneapolis haben die Angestellten von 88 Theatern ebenfalls einen Streit angekündigt.

Wirtschaft.

Vorläufiges Ergebnis der Reichswohnungszählung in Preußen.

Im Anschluß an die Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse der Reichswohnungszählung für die preussischen Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern teilt jetzt der Amtliche Preussische Pressebericht an Hand der statistischen Korrespondenz das Gesamtergebnis für sämtliche Städtegemeinden in Preußen mit: Hiernach wurde die Wohnungszählung in 3177 Gemeinden mit insgesamt 26 122 405 Einwohnern durchgeführt. Damit sind die Wohnungsverhältnisse von 65,5 Prozent der Gesamtbevölkerung Preußens durch die 1. Zählung erfasst worden, wesentlich mehr, als bei der ersten Reichswohnungszählung von 1918, die sich auf 20,5 Millionen Einwohner oder

59,4 Prozent der preussischen Gesamtbevölkerung erstreckten. Die nicht erfasste Bevölkerung umfaßt vorwiegend auf ländliche Gebieten mit weniger als 2000 Einwohnern.

In sämtlichen 3177 Gemeinden wurden insgesamt 8 701 546 bewohnte und leerstehende Wohnungen gezählt. Die Zahl der leichten Beitrag 28 708 oder 0,4 Prozent. Gemessen an den Verhältnissen der Vorkriegszeit sowohl wie auch nach an denen des Jahr. sehr wohnungsarmen Jahres 1913, ist dies ein äußerst geringer Bestand an Leerwohnungen. Er verliert an Bedeutung vollends dadurch, daß er sich zum Teil aus bauwürdigen und aus bereits vermieteten Wohnungen zusammensetzt. Beide Gruppen wurden bei der Zählung von 1918 — die im Staatsdurchschnitt einen Leerwohnungsbestand von 1,9 Prozent ergab — nicht berücksichtigt. Diesmal dagegen wurden als leerstehend alle Wohnungen gezählt, die am Zählungstage — gleichviel aus welchen Gründen — tatsächlich leerstanden. Von den 8 701 546 Wohnungen, die in den preussischen Großstädten mit über 100 000 Einwohnern leerstanden, waren nicht weniger als 35,4 oder 35,6 Prozent noch oder bereits vermietet, 68,8 oder 68,8 Prozent bauwürdig. Der eigentlichen Wohnungsnachfrage steht also wiederum nur ein Teil der diesmal ermittelten, an sich schon winzigen Anzahl leerstehender Wohnungen gegenüber. Betrachtet man die Aufgliederung der Gemeinden nach Ortsgrößenklassen, so ergibt sich, daß der Prozentsatz der Leerwohnungen in hohem Maße von der Gemeindegröße abhängig ist. Er zeigt sich nämlich mit vollkommener Regelmäßigkeit ein Steigen der Leerwohnungsrate mit sinkender Einwohnerzahl — ein Ergebnis, das dem der Reichswohnungszählung von 1918 durchaus entspricht. Die Leerwohnungsrate beträgt bei den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern nur 0,3 Prozent und steigt bis auf 0,8 Prozent bei den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

In den 6 670 858 bewohnten Wohnungen wurden im ganzen 7 086 871 Haushaltungen festgestellt. Es waren also 429 013 oder 5,9 Prozent „weite und weitere“ Haushaltungen vorhanden, d. h. solchen, die über keine eigene Wohnung verfügten und in die Wohnung einer anderen (ersten) Haushaltung als Untermieter gegen Entgelt oder auch unentgeltlich (z. B. bei Verwandten) aufgenommen waren. Dieser Überschuss der Haushaltungen über die Wohnungen ist in allen Kreisverwaltungsbezirken vorhanden. Sein Anteil an der Gesamtzahl der Haushaltungen ist bei ihnen allerdings sehr verschieden; er schwankt zwischen 2,3 Prozent und 9,5 Prozent. Diese Ziffern scheinen ebenso wie die Leerwohnungsrate in hohem Maße von der Gemeindegröße abhängig zu sein. In der Aufgliederung nach Ortsgrößenklassen zeigt sich nämlich, daß die Prozentzahl der zweiten und weiteren Haushaltungen mit der Einwohnerzahl steigen, und zwar von 3,4 Prozent in den Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern bis auf 7,3 Prozent in den Großstädten mit über 100 000 Einwohnern. Wir haben hier also eine Kurve, die entgegengesetzt verläuft wie die Kurve der Leerwohnungsrate, die aber dem Sinne nach genau dasselbe bedeutet: Besserung der Wohnungsverhältnisse mit abnehmender Gemeindegröße, Verschlechterung mit zunehmender Gemeindegröße.

Außer den zweiten und weiteren Haushaltungen wurden in sämtlichen Erhebungsbezirken insgesamt 157 234 „weitere Familien“ gezählt. Die Feststellung dieser Familien, d. h. derjenigen, die weder eine eigene Wohnung haben, noch eine eigene Haushaltung führen, sondern beides mit anderen — häufig verwandten — Personen teilen, wurde aus der Erwägung heraus vorgenommen, daß die Ermittlung der zweiten und weiteren Haushaltungen allein zur völligen Aufklärung der in Folge der Wohnungsnot eingetretenen Zustände nicht genügt. Die Zahl dieser weiteren Familien beträgt ein reichliches Drittel der zweiten und weiteren Haushaltungen. Seit man die weiteren Familien in Beziehung zur Gesamtzahl der Haushaltungen, so entfallen auf 100 Haushaltungen durchschnittlich 2,2 weitere Familien. Bei den einzelnen Kreisverwaltungsbezirken schwankt diese Ziffer zwischen 1,2 und 3,6, bei den Gemeindegrößenklassen zwischen 1,9 und 3,6. Bei den Gemeindegrößenklassen zeigt sich wiederum eine regelmäßige Abstufung der Ziffern, die aber im umgekehrten Sinne verläuft wie bei den zweiten und weiteren Haushaltungen, d. h. die Zahl der weiteren Familien ist in den kleineren Gemeinden verhältnismäßig am größten. Dieses den Zahlen für die zweiten und weiteren Haushaltungen und für die Leerwohnungen entgegengesetzte Ergebnis deutet darauf hin, daß das Zusammenwohnen mehrerer Familien in den Kleinstädten im allgemeinen nicht so sehr durch den Wohnungsmangel verursacht ist, sondern der Gewohnheit der meist Eigenhändler besitzenden Bevölkerung entspricht.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Reichswohnungszählung das Bestehen eines Wohnungsmangels bewiesen hat, der kaum allein auf eine fehlerhafte Verteilung der Wohnungen zurückgeführt werden kann. Soweit die ersten Ergebnisse der Wohnungszählung ein Urteil zulassen wird man ferner sagen können, daß die landläufigen Schätzungen von 600 000 fehlenden Wohnungen im Deutschen Reich — gemessen an dem Ergebnis für Preußen — zum mindesten nicht zu hoch sein werden.

Der Reichsbankausweis für Ultimo August (31. 8.)

zeigt eine Erhöhung der Gesamtanlage der Bank um 611,2 Millionen Mark. Damit ist in den Anforderungen an die Reichsbank eine neue Rekordzahl erreicht worden. Die Steigerung um rund 600 Millionen Mark ist zwar nicht außergewöhnlich. So brachte der Ultimo Mai zum Beispiel eine Steigerung der Gesamtanlage um rund 599 Millionen Mark und der Ultimo Juli eine solche von 603 Millionen Mark. Das Wesentliche in der Entwicklung ist diesmal, daß trotz des erhöhten Zinsfußes die starke Inanspruchnahme der Geldmittel der Reichsbank erfolgt ist. Der Bestand an Wechseln und Schecks erhöhte sich allein um 569,1 auf 2661,6 Millionen Mark.

Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen sind um 10,8 Millionen auf 2010 Millionen angewachsen. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf die Goldbestände (Bestand 1852,7 Millionen Mark), während die Bestände an bedungsfähigen Devisen abnimmt (Bestand 157,3 Millionen Mark). Auch das Konto „Sonstige Aktiven“, auf dem die Reichsbank andere als die bedungsfähigen Devisen aufweist, zeigt die enorme Abnahme von 53 Millionen Mark, die sich aber, verglichen mit den Ausweisen Ende der letzten Monate, in normalen Schranken hält.

Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug 47,1 Prozent (Vorwoche 53,8 Prozent) und die durch Gold und Bedungsfähigen 51,1 Prozent (53,7 Prozent).



Singer-Läden überall.
das von Grund auf aus deutschem Material von deutschen Arbeitern in unserer Fabrik in Wittlich (Rheinland) hergestellt wird
6000 Arbeiter und Angestellte
SINGER NÄHMASCHINEN ABNEHMERGESSELLSCHAFT
Singer-Läden überall.



Arbeitnehmer! Eure Bank, die Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, A.-G.

Filiale Breslau, Margaretenstraße 17 (Gewerkschaftshaus), zahlt Euch für Eure Spareinlagen günstigste Zinssätze
Sparmarken • Heimsparbüchsen • Laufende Konten • Ausführung aller Bankgeschäfte
Kassensunden: Täglich von 8 1/2 bis 1 Uhr und 3 1/2 bis 6 Uhr • Mittwoch und Sonnabend nachmittag geschlossen

Staatstheater
Sonntag 20 Uhr
Zur v. Zimmermann
Montag 20 Uhr
1. Wiege-Vorstellung
Cavalleria rusticana
Der Bajazzo
Montag 20 Uhr
2. Wiege-Vorstellung
„Tosca“

Schaupielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36300.
Täglich 8 Uhr:
Der große Beilerleitererfolg!
„Stille in der Liebe“
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Die Zirkusprinzessin“

Oper-Theater.
Tel. Ring 6774, 6706
Sonntag, 3. September, 20 Uhr:
Eröffnungsvorstellung!
Ein Sommernachts-träum
von William Shakespeare
mit der Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy.
Sonntag 20 Uhr:
Ein Sommernachts-träum. 9401

Pflicht-
Theater / Tel. Steph. 34646
Täglich 20 Uhr:
Carl Napp
und das
Lieders-
Variété-Programm
Jed. Sonntag 2 1/2 Uhr:
Familien- u. Kinder-
Vorstellung 4408
mit dem vollen Programm
zu ermäßigten Preisen.
Rauchen gestattet.
Beratung erfordern in
dieser Zeitung
den größten Erfolg

Propaganda-Tage!
Nur einige Beispiele:

Für den Herrn:

Oberhemden
Perkal, moderne Dessins 3 90
5,25, 4,75

Oberhemden
Zephir, kariert u. gestreift
beste Qualitäten . . . 6,25 5 75

1 Posten Wollhüte 3 75
5,50, 4,50

Binder
Reine Seide und Crêpe de
Chine, a parte Dessins
4,75, 3,90, 3,25, 2,50 2 25

Pullover
Reine Wolle, mod. Sport-
farben und Muster 4 50

Socken
Baumwolle, fa. Qualität,
mod. Jacquardmuster 95 Pf.

Einsatzhemden
wollgemischt und starkfäd.
baumwollene Qualität,
mit kariertem Ripseinsatz 1 75

Hemden
wollgemischt, Doppelbrast,
alle Größen 1 75

Beinkleider
wollgemischt u. makofarb.
baumwollene Qualität, mit
Überschlagbung 1 75

Bettläden
Dowlas, bewährtes Fa-
brikat, 150x220 cm. . . . 2 45

Frottier-Handtücher
aus gutem Kränsel-
stoff, in weiß oder
buntkariert 1,10, 95 50 Pf.

Für die Dame:

Taghemden
aus kräftig. Henden-
tuch, mit Boge oder
Stückerinsatz 1,10 95 Pf.

Nachhemden
aus gutem Wändetuch,
mit farbigem Besatz . 2 75

Unterkleider
Seiden-Trikot gestreift,
maschenfest, alle mod.
Farben 4 75

Schlüpfer
guter baumw. Trikot,
m. verstärkt. Zwistel,
viel Farb., alle Größen 95 Pf.

Unterziehschlüpf.
Baumw., fein gewebt,
helle Farben, in allen
Größen 1,25 65 Pf.

Strümpfe
Seidenfloss, gute Qualit.,
in allen Farben 1 60

Strümpfe
Washseide, viele Farb. 1 90

Handschuhe
Lederimitation, gute
Qualität, in schwarz,
mode, grau u. braun 70 Pf.

Handschuhe
Leder-imitation, mit
Fantasie-Manschette 95 Pf.

Pullover
Seide, entrüdt. Farben u.
Muster 4,90, 4,50, 3,75 2 90

Strickjacken
mit Wollpelzbesatz, in
vielen feinen Farben 11 50

Schürzen
Indanthrenstoff, blan-
weiß gem. 2,25, 1,95 1 65

Hauskleider
Zephir, einfarb., gestr.
oder kariert 3,25, 2,75 1 90

Rudolf Petersdorff
Breslau 1, Ohlauer Straße 8

Das neue **Santors Schaumbad** ist das ideale Schwitzbad gegen Fettleibigkeit, Gicht, Rheumatismus, m. Sauerstoff als nervenberuhigendes Bad, bei Neurasthenie, Herzkrankheit u. a.
Außer Sonntags täglich von 8-20 Uhr in
allenschwimmbad
Breslau

Neu! Staatl. Lotterie-Einnahme Neu
Hans Lehnert
Breslau 5, Gräbschoner Straße 27, Eing. Holtenstraße
eröffnet.
Farrat Ohle Nr. 4430 :: Postcheckkonto 67305
Lose zur Ziehung am 14./15. Oktober sind in allen Ab-
schnitten vorrätig. Preise:
3 6 12 24 48 Mark



Kinder-Dreirad
das beliebteste Kinder-Spielfahrzeug!
Mit Gummibereifung,
in allen Größen und Ausführungen

Je	1250	1050
nach	1350	
der	1390	
Größe	1650	

Trittroller
mit Holz- und Metallscheibenrädern
und Gummibereifung
Stück 250 295 495 695

Messow
Waldschmid
G. m. b. H.

Riesige Auswahl. Staunend billige Preise.
Kinderwagen
Promenadenwagen
Klappwagen
Metal-Bettstellen
Korbmodel
Kinderklappstühle
Plätzchen
Schauswerte Ausstellung in eil. Abteilungen
B. Suchanke
14 Ohlauer Straße 14

Wichtig! Betrifft Ihre Winterkartoffeln!
Das Rittergut Postelwitz, Kr. Oels, wird Ihnen in diesem Jahre Ihre Winterkartoffeln, handverlesen, zu 1 Ztr. gelaut, franco Ihren Keller liefern. Bitte, geben Sie uns Adresse und gewünschte Zentnermenge auf einer Postkarte bekannt. Der Preis wird äußerst nach der jeweiligen Marktlage festfallen werden. Sie werden mit der Lieferung bestens zufrieden sein.

Nähmaschinen
für Haushalt, Heimarbeit u. Gewerbe
10 Mark wöchentliche
Anzahlung. 2,50 Ratenzahlung.
Jos. Groullch, Mechanikermeister
Herrnstraße 24. Tel. Ohle 6357.

Die „**Frauenwelt**“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Sucht der Schlesier
Anregung, Belehrung, Unterhaltung aus dem unerschöpflichen Born schlesischer Kultur, schlesischen Schrifttums, so greift er
mit Verliebe
zu der weder parteipolitisch noch konfessionell gebundenen, allumfassenden Zeitschrift
Schlesische Monatshefte
Aus dem Inhalt des Augustheftes:
Käthe Kruse: Brief an meine Vaterstadt / Prof. Theodor Schube: Die Schönheit der schlesischen Nadelhölzer / Prof. Dr. August Grisebach: Ein neues Korporationshaus in Breslau / Dr. Alfred Scheiberg: Deutsche Tenntennis der Gegenwart / Stadiegraf Dr. Fritz Wenzel: Das Breslauer Stadion / Dr. Walter Steiler: Leutnantsmänner der schlesischen Sprache / Dazu die interessanten Rundschau über Musik, blühende Kunst, Wirtschaft, Literatur, Humor
Sie werden die Schlesischen Monatshefte ständig lesen wollen, wenn Sie einmal ein Probeheft gesehen haben. Einzelheft RM. 1.-
Erschienen im Buchhandel und beim Verlag Wlth. Gottfr. Korn,
Zeitschriften-Verlag, Breslau 1, Junkernstraße 44/45.

Flechner ermordet?
Dümmen über Olmütz
Um Asten mit seinen Verwicklungen kennenzulernen, müssen Sie lesen:
Erlebnisse eines diplomatischen Geheimagenten
Herausgegeben von W. Flechner
Ganzleinen statt Mk 8.- **NUR Mk. 6.-**
Volkswohlbank Neue Granzstr. 8
Kornstr. 11
Niederer Markt

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 29 August.

Hurra! Hurra!! Hurra!!!

Ein 2. September ohne Sedantag ist natürlich etwas Un- gewöhnliches. Deshalb fühlte sich auch die Breslauer Filiale der... Hurra! Hurra!! Hurra!!!

Die Genossen der ganzen Kummelci bildete die Festrede des Geh. Regierungsrats Prof. Dr. H. E. F. Die professorale Rede... Hurra! Hurra!! Hurra!!!

Programmatisch kam dann bei Eintritt der Dunkelheit Jung- Deutschland marschiert. Bei Abwidelung dieser Nummer ver- anstalteten ungefähr 40 Kinder einen Umzug.

Während man unter den Klängen des niederländischen Dankgebetes in nationale Verzückung geriet, wehte das Saal- publikum bei den Volkswächtern in „Mikhi-Nowgorod“.

Das nächste Rennen in Grüneiche.

Sonntag, den 11. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, bringt der Verein für Radrennen sein nächstes Radrennen zum Aus- trag, in dessen Mittelpunkt der traditionelle „Große Preis von Grüneiche“ steht.

Freidenker und Kirchensteuer.

Längst aus der Kirche ausgeschieden, voriges Jahr gegen die Veranlagung zur Kirchensteuer reklamiert, dieses Jahr trotz- dem wieder zur Kirchensteuer veranlagt, so geht es einem Ehepaar, das bei der Personenstandsaufnahme die Spalte Religion richtig mit „monistisch“ ausgefüllt hat.

Frömmigkeit kleidet ihn!

Gestern trat der frumme General für die Einführung des Religionsunterrichtes in den Breslauer Berufsschulen ein. Man machte in allen Betrieben und Wertplätzen auf diese „Breslauer Neueste Nachricht“, des Organs für Klante und Sonja, Anastasia und Theresia von Konnergreuth aufmerksam.

Jungen und Mädchen!

Ein lustiger und fröhlicher Kindernachmittag findet Dienstag, nachmittags 6 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule statt. Gesänge, Musik, Reigen, Sprechspiele und einige Kaparspiele sollen uns erfreuen.

Schulungskursus für Parteimitglieder.

Der Parteivorstand Breslau-Stadt hat beschlossen, im kommenden Winterhalbjahr einen Schulungskursus für Parteimitglieder über Programm und Praxis des Marxismus. Folgende Vorträge sind vorgesehen: „Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und die Sozialisierungsfrage“: Genosse Kranold.

Ein ganz besonderes Vergnügen!



bereitet die „Volkswacht“ allen ihren Leserinnen und Lesern für die nächste Zeit. Montag beginnen wir mit dem Abdruck von:

Leben und Abenteuer des falschen Prinzen Harry Domela

von ihm selbst im Gefängnis zu Köln von Januar bis Juni 1927 niedergeschrieben. Wir bitten unsere Leser, alle ihre Bekannten hierauf aufmerksam zu machen

Alle müssen die „Volkswacht“ lesen!



Eltern und Genossen

der Gräbshener und Strehleiner Vorstadt!

Die Arbeiterkinderfreunde bitten euch herzlich, einige Kinder aus Gottesberg für zwei Nächte zu beherbergen. Helft ihnen doch, bitte, daß sie die Tage recht fröhlich in unseren Mauern verbringen.

Fahrpreisermäßigung zur Prager Herbstmesse.

Eine Fahrpreisermäßigung von 25 Prozent wird für die Mustermesse in Prag vom 18. bis 25. September dieses Jahres von der Deutschen Reichsbahn gewährt.

Ein Fahrradmarder.

Unter der Anklage, zwei Fahrräder gestohlen zu haben, stand am Freitag der 30 Jahre alte Schneider Rudolf Burainki vor dem Großen Schöffengericht. Er hatte im Mai ein unbeauftragt gestohlenes Fahrrad gestohlen, und als er am 28. Juni ein Damenfahrrad stahl, und damit davon fahren wollte, wurde er ertappt und verhaftet.

Theater und Musik.

Stadttheater. Mascagni: „Cavalleria Rusticana“ und Leoncavallo: „Der Bajazzo“.

Aus der schier unübersehbaren Menge der sogenannten „perijischen“ Opern, die es sich gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts zur Aufgabe machten, Verdächtige Melodienlosigkeit mit Wagnerischen musikalischen Grundzügen zu verschmelzen, ragen die Italiener hervor, die mit ihren heißblütigen, im Stil stark miteinander verwandten Werken das internationale Opernpublikum gewonnen und bis heute festhielten.

Das verhängnisvolle Dreimarstück.

Wie eine Bediungsfrau in einem Hotel in Breslau einem Goße Geld herausgab, bemerkte der Gast, daß er ein falsches Dreimarstück bekommen hatte. Obwohl die Frau das Geld aus ihrer Geldtasche genommen hatte, warin sich das Geld befand, das sie zuvor kassiert hatte, wurde doch gegen sie die Anklage erhoben, daß gegen das Münzgesetz verstanden zu haben, wonach derjenige bestraft wird, der unechtes Geld als echtes empfängt, dieses aber nach erlangter Ansehtheit als echtes in Verkehr bringt.

Vom Lebensmittelmarkt.

Gegenwärtig befinden wir uns in einer Zeit der aus- gesprochenen Teuerung. Mit Ausnahme von Gemüse und einigen Fettorten haben jetzt alle Lebensmittel recht hohe Preise. Fleisch ist teuer, Butter ist teuer und nun werden infolge der andauernden Stürme auch noch die See- fische nicht unerheblich teurer, kostet doch gegenwärtig das Pfund Kabeljau 46 Pf. und das Pfund Schellfisch gar 74 Pf.

Reich ist wie schon gesagt, nicht billig. Besonders halten die guten Stücke auf hohe Preise, darum wird von den minder- bemittelten Hausfrauen um so mehr das Gefrierfleisch und Hammelfleisch bevorzugt.

Bild- und Geflügelgeschäfte haben eine große Auswahl, besonders in Waageflügel, doch sind diese Delikatessen außerordentlich teuer. Fordert doch das Pfund junge Mastgans 1,40 bis 1,60 Mark. Das Pfund junge Mastente hat ungefähr den gleichen Preis.

Die hohen Butterpreise wollen noch immer nicht heruntergehen, ja dänische Butter fordert sogar schon 2,30 Mark für das Pfund; schlesische Molkebutter kostet 2 bis 2,20 Mark; Landbutter, die knapp ist, wird zu 1,90 Mark das Pfund verkauft und Rohbutter nur mit 1,60 Mark zu bezahlen.

An dem Gemüse können die Hausfrauen wirklich ihre Freude haben. Alle Krautsorten findet man in besserer Qualität am Markt. Sehr schön sind auch die Mohrrüben, die 8 und 10 Pf. das Pfund kosten. Sehr schöner Spinat hat allerdings einen Pfundpreis von 25 bis 30 Pf. Etwas teurer wurden auch die grünen Bohnen und Wachsbohnen, während erstere 25 Pf. für das Pfund fordern, kostet das Pfund Wachsbohnen 30 bis 40 Pf.

Massenhaft ist jetzt das Angebot an Äpfeln und Birnen, unter denen man nun schon recht gute Sorten findet. Die blauen Brechpflaumen sind immer noch recht teuer. Für das Pfund muß man, je nach ihrer Beschaffenheit, 25 bis 35 Pf. bezahlen.

merlungen, wenn wir ihr nicht in fast unveränderter Form in anderen Stücken begegneten. Das kann nur als ein Armuts- zeugnis angesehen werden. Schon der gute Geschmack müßte ihn vor einem Fehltritt bewahren. In dem Inhalt der beiden Stücke ist das jedenfalls nicht begründet.

Dskar Preuß ließ sich von Schwung und Leidenschaft der Partitur so hinreißen, daß sein Orchester nicht selten den Soloflagel und in „Cavalleria“ sogar das große Chorgebet aus- deckte, in den sinfonischen Szenen, vor allen Dingen in berühmten „Intermezzo sinfonico“, aber einen blühenden, jatten Klang ent- wickelte.

Von den Darstellern nennen wir an erster Stelle die in hysterischer Leidenschaft sich verzehrende Satuzza Gertrude Tegertsbach, die nicht nur mit prachtvollem Ton, sondern auch mit einer interessanten musikalischen Leistung aufwarten konnte. Ihr völlig ebenbürtiger Nebenpieler war Willy Wörle als Turiddu. Der junge, entwicklungsfähige Künstler schreit nach und nach die Vielfältigkeit seines früheren Kollegen Müllers annehmen und damit für unsere Bühne eine schwer er- zeugliche Kraft zu werden. In dieser sehr schwierigen Charakter- schilderung übertraf er sich selbst. Er wirkte in seinem unglück- seligen Akt mit der leichtesten Vola ebenso menschlich echt, wie im kalten Redegesetz mit seinem Gegner Alfio oder im ergreifenden Abschied von der Mutter. Karl Rudow gestattete robuste Kerle, wie den Zukunfts Alfio, immer ausgezeichnet. Die kleine Lolaepifode gab zufriedenstellend Rose Baal. — Adolf Fischer stand leider nicht auf seiner gewohnten Höhe. Gerade von seinem Bajazzo haben wir uns mehr ver-prochen. Im ganzen genommen, wirkte keine Leistung recht ungleich. Auf langen Strecken war sein nur angehauchter Gesang nicht zu hören, und an den weniger langwierigen hervorstechenden Stellen von Redentönen nicht frei. Die erst am Schluß bei der Wandlung in der „Komödie“ padende, sonst aber Mittelmäßigkeit nicht übersteigende mimische Darstellung konnte den Ausgleich leider nicht schaffen. Hilde Armbruster verleierte eine leidenschaftliche Nedda, Karl Rudow, tiefpfeifend und innerlich zerissen, den Krüppel Tonio, während Eugelebert Czudob den verliebten Basum Silvio mit Hangollen, gut tragender, aber oft unruhigen Tönen auskurierte. Die kleine Nedda des Seppo verlor ohne Fehi Paul Reindke. B. S.-ber.

Aus Schlesien.

Wiedereröffnung des Schlesischen Sejm?

Ein Erfolg der parlamentarischen Friedenspolitik.

Das Wolffbüro meldet aus Kattowitz, daß in deutschen Kreisen des Schlesischen Sejm, das heißt bei den deutsch-bürgerlichen Abgeordneten, mit einer Wiedereröffnung des Sejm zum 20. September gerechnet wird, nachdem die Herren Geisenheimer und Williger bei der Zentralregierung auf eine Vereinigung der Gegenläufe zwischen dem der Monarchie Moravia zugehörigen schlesischen Wojewoden Gracynski und Korfanty hingewirkt haben.

Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die erzielte Verständigung nicht nur auf politischen Gesichtspunkten, sondern auf recht realer geschäftlicher Grundlage beruht. Ob auf diesem Wege die demokratische Entwicklung und die verbriefte schlesische Autonomie wesentlich gefördert wird, muß sehr bezweifelt werden. Das Wahlen stark und über die nationalen Schranken eng verbundene sozialistische Vertretung im Ostober-schlesischen Parlament wirkt sich allzu sichtbar in der Herrschaft des bürgerlich-nationalen Alltags aus, bei dem — nicht nur in Polen — endlich alle weltanschaulichen und grundsätzlichen Fragen im Geschäftswege bereinigt werden können.

Ausweisungen auf Grund des Ausländergesetzes.

Im Stadt- und Landkreis Rybnik erhielten eine Reihe von deutschen Reichsangehörigen am 1. September Ausweisungsbefehle zugestift, da ihr Aufenthalt im polnischen Staatsgebiet auf Grund der kürzlich erlassenen Verordnung über Fremdenkontrolle auf Aufenthaltsbewilligungen nicht genehmigt wurde.

Um die Verlegung des Beuthener Landratsamtes.

Die „Schlesische Provinz-Korrespondenz“ meldet: Das Stadtparlament Beuthen sah in seiner letzten Sitzung eine Entschließung, in der es heftig gegen die Absicht des Innenministers Gregorini protestiert, das Landratsamt von Beuthen nach Hindenburg zu verlegen. Das Stadtparlament hat damit keinen glücklichen Schritt getan. Die Entschließung ist zu bedauern, sie läßt die Vermutung zu, als ob eine Verlegung noch zweifelhaft wäre. Jedoch die Tatsache der Verlegung des Landratsamtes steht fest. Zu diskutieren war lediglich die Situation der Kreisverwaltung die aber dadurch von vornherein getarnt ist, als der Sitz der Kreisverwaltung natürlich nicht vom Sitz der Staatsbehörde getrennt werden kann. Diskutiert sind weiter die Kosten des Umzugs der Kreisverwaltung, und von dieser Diskussion ist angeblich in der letzten Kreisauschüßung des Kreises Beuthen Gebrauch gemacht worden.

Das Endresultat war, daß der Kreisauschüß die Vorbereitung einer Vorlage über die aus dem Umzug entstehenden Kosten nahezu einstimmig ablehnte. Indoch wurde auf Anfrage des Regierungsvertreeters noch einmal vom Kreisauschüß festgestellt, daß es sich lediglich um die Kosten handle, bewillige die Regierung dazu die Gelder, so stehe dem Umzug nichts im Wege. Die Beuthener Stadtverwaltung sollte es also aufgeben, nutzlos Kräfte für eine aussichtslose Sache zu verwenden. Das Landratsamt und die Kreisverwaltung werden nach Hindenburg gehen — die Kostenfrage wird, obgleich die Berechnung des Umzuges durch das Beuthener Landratsamt etwas von einer „Mittelschwerenrechnung“ hat — man spricht von 900 000 Mark, ohne daran zu denken, daß die Liegenschaften des Kreises in Beuthen sich auf ungefähr 500 000 Mark beziffern dürften — trotzdem und letztendlich kein Hindernis für die Verlegung sein können und sein dürfen.

Eingekerkertes Landesverratsverfahren.

Kriminalkommissar Mann-Beuthen haftentlassen. Der Kriminalkommissar Mann aus Gleiwitz, gegen den vor mehreren Wochen auf Veranlassung des Reichsanwalts ein Verwaltungsverfahren wegen Landesverrats eröffnet wurde, ist, wie W.T.B. meldet, aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Das Verfahren gegen ihn ist eingestell.

Niebrathen. Bestialischer Tierquälerei. Einem hiesigen Fleischergehilfen wurde ein Dohse so wild, daß er den Treiber vertrieb und in den Teich flüchtete. Als man das Tier herausholte, zeigte es sich, daß dem armen Viech die Insektengeißel tief ins Fleisch eingewachsen war. Der Treiber muß ihm beim Anziehen der Kette fürchterliche Schmerzen verursacht haben. Von unglücklicher Gefühlshörigkeit zeugt aber das Verhalten des Besitzers, der dem Dohsen die Kette einwachsen ließ. Er ist wegen Tierquälerei angezeigt worden.

Witten. Spiel mit Feuer. Eine verantwortungslose Kinderrei verübte ein Rutscher aus Witzsch, der zwei Brände — einen an vier Stellen zugleich anzlegte — um nach seinen Angaben zu sehen, wie rasch die Feuerwehrt kommt. Der Landräger gelang es, den Uebelthäter aufzufinden, dem hoffentlich har gemacht werden wird, welche Folgen solch kindisches Benehmen nach sich zieht.

Grünberg. Bahnhauptprojekt. Oberbürgermeister Busse erklärte in einer Besprechung hiesiger Interessentenkreise, daß das Sagan-Grünberg-Projekt, die Bahn Grünberg-Jülichau-Schwiebus-Paradies-Meseritz-Schwerin, nunmehr ausgearbeitet werden soll. Zur Bearbeitung der Pläne wählte man eine Kommission unter Führung des Grünberger Magistrats.

Glatz. Freitod. Donnerstag nachmittag erschöß sich hier der 22jährige Buchdruckerlehrling Wolfgang Schirmer. Man vermutet, daß die Verzweiflungstat mit einem Motorradunfall im vorigen Jahr zusammenhängt, anlässlich dessen er eine Gehirnerschütterung erlitten hatte.

Waldenburg. Der Tod hält reiche Ernte. Der am Donnerstag auf der Melchiorgrube verunglückte Bauer Blich,

Ortsgruppenaffären

Es ist unbedingt notwendig, daß an den nächsten beiden Sonntagen, am 1. wie am 11. September in allen Ortsgruppen die Parteigenossen und Genossen gewissenhaft durchlästert werden. Am Schluß dieses Monats ist die Abrechnung für das 3. Quartal fertigzustellen und muß jetzt bereits daran gegangen werden, die Beiträge für dieses Vierteljahr restlos hereinzuholen. Nach den Feststellungen an der Hand des Berichts vom 2. Quartal sind leider schon wieder eine große Anzahl von Restanten vorhanden. Es ist Pflicht der Kassierer und Hilfskassierer, durch gewissenhafte und pünktliche Kassierung dafür zu sorgen, daß alle Parteigenossen und Genossen ihr Mitgliedsbuch in Ordnung haben. Pflicht aller Parteigenossen und Genossen ist es, den Kassierern ihr schwieriges Amt, die Einholung der Beiträge, nicht unnötig zu erschweren, sondern überall auch für pünktliche Beitragsleistung zu sorgen. Wer an den nächsten beiden Sonntagen nicht zuhause ist, sollte das Geld für den Beitrag und das Mitgliedsbuch zurecht legen, damit der Kassierer nicht umsonst kommt. Es liegt auch im Interesse jedes Genossen selbst, sein Parteimitgliedsbuch in Ordnung zu halten. Der Bezirksvorstand.

dem, wie wir meldeten, das Gesicht von der Reitenbahn furchtbar verstimmt wurde, ist seinen schweren Verletzungen erlegen. — Auf dem Zufusschritt wurde in der Freitagabend dem Bauer Gruner plötzlich unwohl. Als er sich mit einem Kameraden nach dem Knappschäftslokal begeben wollte, brach er auf dem Bierhäuserplatz bewußtlos zusammen und verstarb. Seinen plötzlichen Tod führte man auf schlechte Ernährung zurück, die bei den Lohnerhältnissen im niederschlesischen Bergbau nicht verwunderlich ist.

Jedlitzheide. Kreis Waldenburg. Kindesmord? In der Eulengebirgswaldungen, nahe unseres Ortes, fand man die Leiche eines neugeborenen Kindes, die mit Gras überdeckt war. Nach ärztlichem Gutachten ist das Kind bald nach der Geburt getötet worden. Von der Mutter fehlt jede Spur.

Bad-Salzbrunn. Vor dem Fahrkartenschalter verstorben. Die Gastwirtin Frau Ludwig aus Klein-Waltersdorf wollte vom Besuche ihrer hier wohnenden schwer kranken Tochter heimkehren. Beim Lösen der Fahrkarte brach sie vor dem Schalter zusammen und der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod infolge Herzschlages feststellen.

Klein-Hennersdorf. Kreis Landeshut. Ein Kind vom Pferde erschlagen. Auf den Feldern des Erbschloßbesitzers Otto Reichmann kam die achtfährige Tochter des Waldarbeiters Schäffer einem dort haltenden Pferdegespann zu nahe. Das Pferd schlug aus und traf das Mädchen so unglücklich ins Gesicht, daß es sofort tot zusammenbrach.

Schreiberhau. Scheidung. Herr Herbert Adolph, Martenheim 931, veröffentlicht im Schreiberhauer Wochenblatt folgendes Inserat: „Bermittelt. Seit Sonnabend, den 27. 8. 27 ist meine Frau Frieda Adolph, geb. Jillich, spurlos verschwunden. Bin bereit, sie dem ehrlichen Finder zu überlassen. — Suche eine Wirtschafterin für meinen kleinen Haushalt.“ — Ob es Herrn Adolph gelingen wird, auf die Annonce hin die Mäntle zu finden, welche sich instande fühlt, Ersatz für die Verlorene zu leisten?

Dels. Vergehen gegen das Republikanische Gesetz. Die Große Staatsanwaltschaft in zweiter Instanz mit dem Vergehen des Fleischermeisters Martin Wagner aus Obernitz, Kreis Trebnitz, bei dem von Polizeibeamten zu wiederholten Malen Kisten mit Handgranaten und Gewehre gefunden worden waren, die den Waffenbeständen der Einwohnerwehr Obernitz entstammen und nicht an das Landratsamt abgeliefert worden waren. Dem Angeklagten, der schon in der ersten Instanz den Unschuldigen gespielt hatte, wurde das Urteil erster Instanz — drei Monate Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe — bestätigt, die Geldstrafe aber auf 10 Mark ermäßigt.

Hindenburg (Oberschl.). Freitod wegen Arbeitslosigkeit. Der Apotheker Fritz Bredel aus Beuthen, der hier für seinen Freund Vertreterdienste leistete, hat sich vergiftet. Er war lange Zeit zuvor arbeitslos gewesen und sah sich nach der Rückkehr seines Freundes wieder vor dem materiellen Nichts.

Neustadt O.S. Genosse Josef Kluger gestorben. Unerwartet verstarb gestern um 20 Uhr an einem Herzschlag der um die Bewegung in Stadt und Kreis sehr verdiente Parteiparitätende Genosse Josef Kluger. Er bekleidete lange Jahre hindurch eine Reihe wichtiger Ehrenämter im Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Kreisorganisation usw. Die Beerdigung findet Dienstag 15 Uhr statt. Die Parteigenossen werden gebeten, möglichst zahlreich dem verdienten Vorkämpfer der Neustädter Arbeiterschaft das letzte Geleit zu geben.

Kattowitz. Ueberfall auf einen deutschen Abgeordneten. In der Nacht vom Donnerstag zu Freitag wurde der Abgeordnete des Schlesischen Sejms, Konrad Kunsdorf von der deutsch-katholischen Volkspartei, als er von einer Vorstandssitzung des Verbandes deutscher Katholiken heimkehrte, bei Carolinengrube-Hohenloehütte von drei unbekanntem Banditen überfallen und mit Stöcken bearbeitet. Die Polizei war sofort zur Stelle und verhaftete zwei Personen. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde Abgeordneter Kunsdorf durch die Polizei nach Hause gebracht. — In der deutschen Presse von Kattowitz ist eine Befürchtung dieser W.T.B.-Meldung bisher nicht zu lesen.

Kattowitz. Die Sprachprüfungen werden fortgesetzt. Der Schweizerische Schulfachmann Maurer ist wieder in Kattowitz eingetroffen und hat mit der Prüfung der sogenannten zweiten Kategorie der zur Minderheitsschule angemeldeten Kinder begonnen. Es handelt sich hier um die Kinder, deren Eltern entweder Zweisprachigkeit angegeben haben, oder keineszeit den polizeilichen Vorladungen nicht Folge leisteten. Unbeschadet der Sprachprüfung werden Kinder nach Anordnung der Wojewodschaft einweisen in die Minderheitsschule aufgenommen, jedoch wenn die Prüfung negativ ausfällt, der polnischen Schule überwiesen.

Neue Minderheitsschulen in Polnisch-Schlesien. Die Wojewodschaft hat für die Ortshaupten Radlin und Kieder-Wilcza die Eröffnung von Minderheitsschulen angeordnet.

Kattowitz. Sozialistische Arbeiterjugend. Wir treffen uns morgen, Sonntag, um 12.30 Uhr an der Kirche und gehen nach Breslau zum Reichsjugendspieltag. Jedes Mitglied muß zur Stelle sein. Der Obmann.

Klein-Gandau und Umgegend. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold steht am Sonntag, den 4. September, Punkt 12 Uhr mittags, am Schmiedefeld der Bahnhof zum Ausmarsch nach Herrmannsdorf bereit. Alles hat zu erscheinen. Der Vorstand.

Kloenthal. Von den Freien Turnern. Anlässlich der Werbewege der Freien Turner und ihrer Vorführungen auf dem Schulplatz hat sich auch die Jugend entschlossen, einen Turnverein zu gründen, der sich inzwischen sehr gut entwickelte. Allen, die hierzu beigetragen haben, sei hiermit der herzlichste Dank ausgesprochen. Mögen noch viele Genossen und Genossinnen den Weg zur Freien Sportbewegung finden. Bei dieser Gelegenheit sei schon auf die nächste Veranstaltung, das am 22. Oktober dieses Jahres in den Metropolen stattfindende Bergnügen, hingewiesen.

Neumarkt. Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands. Morgen Sonntag, nachmittag 4 Uhr, im Saale „Zum gelben Löwen“ Mitgliederversammlung. Kollege Majunke-Breslau wird in einem sehr wichtigen Vortrag die neuesten Gesetzesbestimmungen und deren Auswirkungen behandeln. Jedes Mitglied bringe für starken Besuch.

Die Produkte der G. E. G. - Bürstenfabrik Stützingrün



erhalten die organisierten Verbraucher nur im **Konsum- und Sparverein „Vorwärts“**

Schlesische Mühlenwerke Aktiengesellschaft BRESLAU

Hervorragend gute Weizen- und Roggenmehle
Spezialmarke:
Auszugmehl Schneeflocke
auch in 5 kg- und 2 1/2 kg-Säckchen

Bauhütte Breslau

Stolzestraße 3/11 - 4/14
Telephon: Ohle 3300 und 6876
Unternehmen für Bauarbeiten aller Art
einschl. Dachdecker- und Malerarbeiten

Bürgerliches Brauhaus Breslau A.-G.

Hubenstr. 44-48 empfiehlt Anruf: Stephan 31533
ihre wohlschmeckenden und bekömmlichen Biere

Karosserie-Wagenbau

Neuanfertigungen | Reparaturen
Limusinaaufsätze | Geschäftskarosserien
Eigene Sattlerei und Lackiererei

Georg Tscherner

Gabitzstraße 29
Telephon: Stephan 87037

Schlesische Telefon-Gesellschaft

Liegnitz Breslau Glogau
Poststraße 6. — Tel. Ohle 7315

In jedem Arbeiterhaushalte sollte das gute, billige

Gefrierfleisch

verwendet werden.

Richard Scholz, Ofenbaumeister

BRESLAU X
Weißenburger Straße 8 — Telephon Ohle 7257
Ausführung sämtlicher Ofen- u. Fliesenarbeiten
Gediegene Arbeit :: :: Fachtechnischer Rat
:: :: :: Prima Referenzen :: :: ::

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.
Versammlungstermin.

Eine wichtige Kreisversammlung für den Kreis Neumarkt findet am Sonntag, den 4. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Gasthof zum „Gelben Löwen“ in Neumarkt statt und sind hierzu alle in den Städten, Kreislag und Gemeinden tätigen Genossen eingeladen. Die freigezemerkte wie politisch organisierte Arbeiterschaft des Kreises muß dafür Sorge tragen, daß aus jeder Gemeinde des Kreises Vertreter erscheinen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Bezirksleitung Breslau-Land (Neumarkt).
Kreisausweisung.
Sonntag, den 3. September:
Ortsverein Herrmannsdorf. Abends 10 Uhr bei Gabriel in Herrmannsdorf.
Ortsverein Herrmannsdorf. Abends 10 Uhr bei Maslos in Herrmannsdorf.
Ortsverein Klein-Gandau. Abends 10 Uhr bei Seidel in Rabwarth.
Ortsverein Himmelp. Abends 10 1/2 Uhr bei Wittke in Himmelp. Pflanz.
Ortsverein Himmelp. Abends 10 1/2 Uhr bei Wittke in Himmelp. Pflanz.
Ortsverein Kattowitz. Abends 10 1/2 Uhr „zur Harter Gasse“ Monatsversammlung.

Ortsverein Steina. Abends 10 Uhr bei Großh.: Monatsversammlung.
Sonntag, den 4. September:
Ortsverein Klein-Gandau und Umgegend. Der Ortsverein Reht Punkt 12 Uhr mittags am Schmiedefeld der Bahnhof zum Ausmarsch nach Herrmannsdorf. Jeder Kamerad hat zur Stelle zu sein. Der Vorstand.
Ortsverein Herrmannsdorf und Umgegend. Abends 10 1/2 Uhr an den Stadelungen in Kattowitz, von dort 10 1/2 Uhr Abmarsch zur Teilnahme an dem Abteilungstreffen in Herrmannsdorf. Alles muß erscheinen. Spielzeuge müssen die Teilnehmer mitbringen.
Ortsverein Kattowitz. Nachmittags 15 Uhr bei Götter: Monatsversammlung.
Allen Kameraden wird es zur Pflicht gemacht, an den Kreisversammlungen sowie den von ihren Ortsvereinen festgesetzten Monatsversammlungen pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Bezirks- und Kreis-

Kattowitz. Aus der Gemeindevorstellung. In der am 31. August tagenden Sitzung der Gemeindevorstellung wurde zunächst Konrektor Ludwig von der Deutsch-katholischen Arbeitsgemeinschaft an Stelle des verstorbenen Gemeindevorstandes Czner eingeführt. Die Rechnung für das Jahr 1926/27 schließt in Einnahme mit 273 621,68 Mark und in Ausgabe mit 268 978,32 Mark ab. Es verbleibt ein Bestand von 4743,36 Mark. Die Jahresrechnung wurde am 21. August 1927 von der Rechnungsprüfungskommission geprüft und für richtig befunden. Zu Vermögensgegenständen liegt kein Antrag vor. Dem Gemeindevorstand wurde Entlastung erteilt. Mit Rücksicht auf hohe Sicherungsausfälle wurde eine Nachtragsvorlage an direkten Gemeindevorstand einstimmig beschlossen. Zu der Befugnis der durch das Budget der Regierung und der Behörden nicht gedeckten Kosten des Turmhallenbades wird der Gemeindevorstand ermächtigt, ein Darlehen bis zur Höhe von 50 000 Mark aufzunehmen. Der Beschluß erfolgte einstimmig. Nach Erledigung einiger kleiner Besuche folgte eine geteilte Sitzung.

Das große Los gezogen!

Das große Los der vereinigten Süddeutschen Klassenlotterie ist am Mittwoch vormittag um 10 Uhr mit der Nummer 234 145 gezogen worden. Der Haupttreffer von 500 000 Mark fällt in der ersten Abteilung nach Berlin, in der zweiten nach Frankfurt. In Berlin wurde das Los in vier Vierteln geteilt, so daß am jeden Spieler rund 100 000 Mark entfallen. Die glücklichen Gewinner sind Kaufleute und die Tochter einer Witwe, die sich gegenwärtig auf einer Urlaubreise befindet. In Erfurt wurde die Glücksummer in vier Teile geteilt, und zwar von kleinen Angestellten und Arbeitern, von denen jeder nun rund 50 000 Mark erhält. Am letzten Tage der Ziehung, dem 16. September, fielen noch einmal 500 000 Mark auf den ersten Gewinn über 1000 Mark, der an diesem Tage gezogen wird.

Junkers vor dem Start.

Seit Mittwoch nachmittag ist auf dem Flugplatz der Junkerswerke in Dessau wieder höchste Alarmbereitschaft. Um 4.50 Uhr nachmittags wurde die „Bremen“ nach der Startbahn gefahren und nahm Betriebsstoff ein. Allgemein wird mit einem bevorstehenden Abflug der „Bremen“ mit den Piloten Loose und Köhl und dem Lloyd-Direktor Hünefeld als Begleiter gerechnet.

Berlin als Ausgangspunkt eines Transatlantikflugverkehrs.

In aller Stille sind Verhandlungen in Gang gekommen, um die Reichshauptstadt zum Ausgangspunkt eines Deutschland und Amerika verbindenden Luftdienstes zu machen und zwar nicht vom Flughafen Tempelhof, sondern von dem von der Stadt seit langem vorbereiteten Berliner Wasserflughafen am Müggelsee, der nach Ansicht der maßgebenden technischen Kreise, ein regelmäßiger Passagierflugverkehr über den Ozean nur mit Wasserflugzeugen betrieben werden kann. Die Verhandlungen werden, wie die Korrespondenz weiter mitteilt, von maßgebenden Berliner Kreisen mit mehreren an der Durchführung eines Transatlantikverkehrs interessierten Flugzeugfirmen geführt.

Explosion in einer Zigarfabrik.

In Berlin-Lichtenberg war am Mittwoch morgen 7 Uhr in der Zigarfabrik Rothbarth Spirit in Brand geraten. Kurz darauf explodierten mehrere Fässer mit Alkohol. Durch den starken Luftdruck stürzten die Decken ein, und sämtliche Fensterscheiben gingen in Trümmer. Auch das Dach klappte auseinander. Gleichzeitig breitete sich das Feuer über das ganze Fabrikgebäude aus, das vollkommen niederbrannte. Es gelang der Feuerwehr, nach mehreren tausend Liter Alkohol aus Nebengebäuden in Sicherheit zu bringen.

Viebestragödie in Berlin.

Der Ledierer August Krause verfolgte seine Witwe, eine Witwe, seit längerer Zeit mit Heiratsanträgen, die die Frau jedoch ablehnte. Als sie schließlich dem unheimlichen Unterdrücker kündigte, drohte er der Frau mit Erschicken. Am Mittwoch sollte er keine Wohnung verlassen. In der Nacht vorher schlich sich Krause nach einer erregten Auseinandersetzung in das Schlafzimmer der Witwe und gab vier Schüsse auf sie ab. Hilferufend konnte die Frau noch auf den Hof eilen, wo sie bewußtlos zusammenbrach. Als die von Hausbewohnern herbeigerufenen Polizei in die Wohnung eindrang, richtete Krause die Waffe gegen sich selbst und brachte sich einen tödlichen Herzschuß bei. Die Verletzungen der Frau sind nicht lebensgefährlich.

Berlins Güterverkehr.

Zur Bewältigung des gewaltigen Güterverkehrs der Reichshauptstadt sind täglich nicht weniger als 335 fahrbereite Güterzüge mit durchschnittlich 80-100 Waggons nötig. Von ihnen kommen 176 an und 159 fahren ab. Daneben verkehren, abgesehen von den nichtfahrplanmäßigen Güterzügen, täglich 60 Eisen- und Milchzüge, die bis zu den zahlreichen Güterbahnhöfen im Innern Berlins geleitet werden. Der große Güterverkehr spielt sich dagegen auf den gemalten Verkehrsbahnhöfen ab, die rund um Berlin in einer Entfernung von 10 bis 30 Kilometern angelegt sind. Die wichtigsten Verkehrsbahnhöfe sind Wustermark, Seebin, Tempelhof, Niederhörsenweide, Kummelsburg, Lichtenberg und Rankow. Den größten Verkehr mit täglich 78 Güter- und 13 Eisenzügen weist Wustermark auf, das die Linien nach Hamburg und Hannover-Rheinland bedient. Den Güterverkehr aus Süddeutschland und Sachsen bewältigt Tempelhof mit 60 Güterzügen und 11 Eisenzügen.

Paris-Berlin.

Fräulein Orange, die vor kurzem bei einem Reitwettbewerb zur „Schönsten Amazone Frankreichs“ erklärt wurde, hat am Dienstag Paris verlassen, um auf einem arabischen Poilbluthengst über Spa, Brüssel und den Haag nach Berlin zu reiten. Sie will täglich 60 bis 70 Kilometer zurücklegen und wieder zu Pferd nach Paris zurückkehren.

Ein Segelschiff gesunken.

Dem schweren Sturm, der in den letzten Tagen auf der Ostsee geherrscht hat, ist das Segelschiff „Sturmvogel“, das am Freitag den Hafen Rügenwalde mit einer Holzladung verlassen hatte, zum Opfer gefallen. Von dem Schiff wurden nur noch Trümmer gefunden. Die fünf Mann Besatzung dürften den Tod in den Wellen gefunden haben.

Zugunfall bei Köln.

Am Mittwoch mittag entgleiste auf der Station Stommeln bei Köln der Packwagen eines Güterzuges, der gegen einen ausfahrenden Personenzug fuhr. Zwei Wagen vierter Klasse wurden stark beschädigt und acht Personen, zum Teil schwer, verletzt.

Schwere Einbrüche in Berlin.

In der Nacht zum Mittwoch wurden in Berlin mehrere große Einbrüche ausgeführt. Konfektionsfabrikanten statteten einer Hutfabrik einen nächtlichen Besuch ab, nachdem sie bereits am Tage zuvor die Schrauben der großen Eingangstür zu den Geschäftsräumen gelöst hatten. Sie stahlen für rund 30 000 Mark Seide und Satin. Da ihre Beute etwa zehn Zentner wiegt, bedurfte es eines größeren Gefährts zum Abtransport. Auch in einem anderen Konfektionsgeschäft gelang es den Einbrechern, die komplizierten Rundschlösser zweier Türen aufzusperren und wieder hinter sich abzuschließen. Eine Alarmvorrichtung wußten die Einbrecher außer Betrieb zu setzen. Hier war die Beute ebenfalls Seide im Werte von 20 000 bis 25 000 Mark. In einem Wäschehandel erbeuteten Einbrecher in derselben Nacht für 2000 Mark Damenwäsche und für 400 Mark Damenstrümpfe, in einer Mantelfabrik für mehrere tausend Mark Stoffe. Weniger Glück hatten Geldschrankeinbrecher, denen an zwei Stellen nur je 300 Mark in die Hände fielen, während sie in einem Zigarrengeschäft immerhin 250 Mark vorfanden.

Albert Thomas in Berlin.



Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes (Bild Mitte) weist in Berlin in Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium. Der Besuch Thomas' gilt vor allem der Vorbereitung der 37. Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, die in der ersten Hälfte des Monats Oktober auf Einladung der Reichsregierung in Berlin zusammentritt. Albert Thomas, einer der bekanntesten Führer der französischen Sozialisten, wurde bekanntlich von der Washingtoner Arbeitskonferenz 1919 zum Direktor des Internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes in Genf gewählt und hat sein Amt bisher durchaus sachlich und unparteiisch geführt.

Ein Lastauto von einem Güterzug zertrümmert.

Ein Lastkraftwagen, der infolge Versagens des Motors auf den Bahnen der Strecke Köln-Nachden bei Eschweiler stehen blieb, wurde durch einen Güterzug zertrümmert. Der Fahrer und der Beifahrer hatten sich durch Abspringen gerettet.

Viebestragödie.

In Odenburg stürzte sich die 16jährige Arbeiterin Helene Hubert aus unglücklicher Liebe von dem etwa 30 Meter hohen Wandenburger Steinbruch in die Tiefe. Sie wollte auch ihren Geliebten mit sich reißen. Diesem gelang es jedoch, sich den Armen des Mädchens zu entwinden. Das Mädchen blieb mit zerstückelten Gliedern tot liegen.

Hundert Jahre alt.

In Koburg vollendet am 1. September die Witwe des früheren Pyrmonter Kadezies Dr. Valentiner ihren hundertsten Geburtstag. Die alte Dame, die in Hagedorf in Holstein geboren ist, erfreut sich noch verhältnismäßig guter Gesundheit.

Ein Göttinger Professor abgestürzt.

Seit letztem Donnerstag wurde in Göttingen ein Professor Mayer aus Göttingen vermißt. Montag mittag wurde er, fünf Minuten abseits vom Wege, der nach Uppgrün führt, aufgefunden. Mayer ist abgestürzt.

Eine Stationskasse ausgeraubt.

In der Nacht zum Dienstag wurde im Barmstedter Bahnhofsgelände die Stationskasse ausgeraubt. Die Diebe erbeuteten aus einem erbrochenen Geldschrank 2250 Mark und zwei Schecks. Zwei mutmaßliche Täter werden verfolgt. Der eine dürfte durch nachgegebene Schüsse verletzt sein.

Ein Erbschaftsschwindler verurteilt.

Vom Strafgericht München wurde der Maschinenlehrling Ludwig Wittmer aus Altsheim in der Pfalz zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und zu fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, weil er unter Vorpiegelung einer amerikanischen Erbschaft Münchener Geschäftskleute in 16 Fällen im ganzen um 18 000 Mark betrogen hat. Die mittangeflagte Ehefrau wurde freigesprochen.

Schwerer Zusammenstoß von Motorrädern.

Dienstag abend stießen in Eichhärt zwei Motorräder so heftig zusammen, daß die beiden Fahrer des einen Rades sofort tot waren. Am Aufkommen des dritten Beteiligten wird gezwweifelt.

Ein Auto durch einen Erdbeben erschüttert.

Am Sonntag hat auf der Straße von Abondance ein Erdbeben, durch den 600 Kubikmeter Gestein auf die Straße röllten, ein mit fünf Personen besetztes Auto erschüttert. Sämtliche Insassen kamen ums Leben.

Die Kundgebung der Gewerkschaften in Berlin-Tempelhof

nahm einen glänzenden Verlauf. Der Aufmarsch der freien Verbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten von den verschiedensten Plänen Berlins dauerte infolge der gewaltigen Teilnehmerzahl mehrere Stunden. Die große Tempelhofer Spielwiese glied einem Wald von roten Fahnen. Vor über 150 000 Teilnehmern sprach als einziger Redner der Arbeitersekretär Eggert vom Bundesvorstand des ADGB. (Bild im Oval.) Eggert führte aus, daß der Propagandtag der Gewerkschaften nicht nur ein Festtag, sondern auch ein Kampftag sei. Er beschäftigte sich mit der Lage der Arbeiterschaft und wies daraufhin, daß durch neue Lohnkämpfe die letzte Feuerungswelle wieder auszugleichen sei. Die gewaltige Kundgebung schloß mit Hochrufen auf die Einheit der Gewerkschaften.



Vom Fluge um die Welt.

Die amerikanischen Weltflieger Schlee und Broek sind am Mittwoch morgen um 4.25 Uhr in Belgrad aufsteigend mit dem Ziele Konstantinopel. Drei südslawische Militärflugzeuge gaben dem „Stolz von Detroit“ das Geleit.

In Konstantinopel eingetroffen.

Die amerikanischen Weltflieger Broek und Schlee sind am Mittwoch mittag von Belgrad in Konstantinopel eingetroffen.

Fliegertragödie in den Alpen.

Am Sonnabend vergangener Woche waren auf dem Züricher Flugplatz Dübendorf sechs südslawische Militärflugzeuge mit dem Ziele Innsbruck aufgestiegen. Sie gerieten unterwegs in dichtesten Nebel, so daß nur drei von ihnen ihr Ziel erreichten. Zwei Flugzeuge kehrten wieder nach Zürich zurück und flogen erst später nach Innsbruck. Die sechste Maschine mit dem Leutnant Bajewitsch als Führer und dem Oberst Petrowitsch als Beobachter war seitdem überfällig. Jetzt wurde das Flugzeug auf einem Gletscher neben der Keutlinger Hütte (Tirol) völlig zertrümmert aufgefunden. Der Pilot lag mit mehreren Schenkelbrüchen und erstorbenen Füßen neben der Maschine. Der Oberst wurde tot aufgefunden, zeigte jedoch keine Spuren von Verletzungen. Er hatte anscheinend Hilfe holen wollen und ist dabei erstorben. Allem Anschein nach haben die Verunglückten ebenfalls versucht, wieder nach Zürich zurückzukehren, fanden dabei aber nicht aus der dichten Nebelwand heraus, sondern gerieten schließlich auf den Gletscher.

Absturz eines polnischen Militärflugzeuges.

Mittwoch nachmittag ist auf dem Flugplatz in Bromberg ein polnisches Militärflugzeug abgestürzt. Der Pilot ist leicht, der Mechaniker schwer verletzt.

Flugzeug-Zusammenstoß.

In der Nähe von Orly stießen Mittwoch früh in geringer Höhe zwei Flugzeuge zusammen, die von Militär-Flugführern gelenkt wurden. Eines von ihnen berührte beim Abiturz eine elektrische Leitung und ging in Flammen auf, wobei die Insassen den Tod fanden. Das andere Flugzeug konnte, nur wenig beschädigt, landen.

Flugzeugunfall.

Ein französischer Marineflieger, der mit seinem Begleiter, einem Mechaniker, einen Flug rund um Frankreich durchgeführt hat, überschlug sich mit seinem Apparat beim Landen auf dem Flugplatz Le Bourget. Das Flugzeug ging in Flammen auf und wurde vollkommen vernichtet. Die beiden Insassen kamen mit leichten Brandwunden davon.

„Hexenverfolgung“ in Bosnien.

Der Aberglauben bosnischer Bauernweiber führte in Travnik zu einer Hexenverfolgung, deren Opfer eine Engländerin war, die sich dort zum Besuch einer Freundin aufhielt. Bei einem Spaziergang im Walde wurde die Fremde von einer alten Bäuerin beobachtet, wie sie mit ihrem Photographenapparat Aufnahmen, vor allem auch von einheimischen Kindern, machte. Die Alte eilte ins Dorf und alarmierte die übrigen Frauen mit der Angabe, daß sich im Walde ein Hexe herumtreibe, die ihre Kinder verhexen wolle. Zahlreiche Frauen fielen mit Stöcken über die Engländerin her und verletzten sie schwer. Die „Hexe“, die nicht serbisch konnte, vermachte sich mit den Frauen nicht zu verständigen. Die Behörden haben zehn der Frauen festgenommen.

Aufstand der Ausfägigen.

In der südamerikanischen Ausfägigen-Kolonie Bindamohanga kam es Ende Juli zu einem folgenschweren Aufstand. Aus Erbitterung über die kümmerliche Versorgung durch die gesunde Bevölkerung beschloßen die Kranken, sich fürchtbar zu rächen. Sie verließen die Kolonie, hegerten sich in die benachbarte Stadt Sao Paulo und drangen dort in Gasthäuser, Cafés usw. ein, um die gesunde Bevölkerung anzustechen. Die Folge war eine ungeheure Panik und schließlich eine erbitterte Verfolgung der Kranken. Dabei riß einer der Ausfägigen ein Kind, das vor der Wohnung der Eltern spielte, an sich und brachte ihm durch einen Biß eine Wunde bei. Der Kranke war verschwunden, ehe er unschädlich gemacht werden konnte.

Noch keine Nachricht über Fildner.

Auf die Nachricht von der Ermordung des Forschungsreisenden Wilhelm Fildner hat das Auswärtige Amt sofort Schritte eingeleitet, um sich über das Schicksal des Forschers Gewißheit zu verschaffen. Es ist ihm aber bisher keine Nachricht über Fildner zugegangen. Der Versuch, mit dem deutschen Konsul in Sztetshwan in Verbindung zu treten, ist gescheitert, da die Verbindung dorthin unterbrochen ist. Auch weitere Versuche, über das Schicksal Fildners Auskunft zu erhalten, sind bisher erfolglos geblieben.

Ein Dampfer in Seenot.

Der kanadische Dampfer „Prinzess Charlotte“ hat aus der Brangelstrake (Westküste Kanada) Hilferufe ausgesendet und um Aufnahme der Fahrgäste gebeten. In Bord des Schiffes befinden sich etwa 250 Personen.